

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Postgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,00 Mart.

Stuttgart
21. November 1910

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zunabel), Wilhelmshöhe,
Post-Begehrloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Für der Menschheit Zukunft. — Eine feudale Ruine. Von Franz Mehring.
— Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Brüssel. I. Von A. Th.
— Säuglingsernährung und Säuglingssterblichkeit. I. II. Von Dr. A.
Lippus. — Aus den Erinnerungen einer Krankenschwester. Von Hannah
Levin-Dorsch. — Kinderausbeutung auf dem Hohenwald. Von t. h. —
Wie können sich unsere Genossinnen am besten bilden? Von L. Radlof. —
Der Kampf der Frauen um Schutz für Mutter und Säugling. Von
Luise Bieh.
Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Bericht der Genossinnen von
Mannheim. — Erste württembergische Frauenkonferenz. — Nachtrag
zum Bericht über die Frauenkonferenz des westlichen Westfalens. —
Sophie Koenen † — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche
Rundschau. — Tarifabschluss in den Schmollner Knopffabriken.
Von K. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizen: Diensthofenfrage. — Frauenarbeit auf dem Gebiet der Indu-
strie, des Handels- und Verkehrswezens. — Soziale Gesetzgebung. —
Landarbeiterfrage. — Frauenstimmrecht. — Verschiedenes.

Für der Menschheit Zukunft.

Wer eine Aussaat schneidet, die kaum in die Halme zu schießen beginnt; wer die Art an den gesunden Stamm eines Baumes legt, welcher Frucht tragen soll: der macht sich eines Wahnsinns schuldig. Darüber wird unter leidlich vernünftigen Menschen kein Streit sein. Nun wohl! Dieser Wahnsinn, zum Verbrechen gesteigert, ist tagtäglich die Schuld der kapitalistischen Ordnung und ihrer Nutznießer. Oder sollte vielleicht mütterliches und kindliches Leben weniger wert sein als Getreide und Obstbäume? Schier will es so dünken, wenn man vergleicht, wie kaltblütig, skrupellos der Kapitalismus Helatomben von Müttern und Kindern opfert, und wie sorgsam bedacht er sein kann, um von Palm und Strauch reiche Ernte zu gewinnen, die Schweinewirtschaft und die Zucht edler Rasseperde zu heben. Und die Verwüstung lebendiger Kräfte da, die Schonung hier hat eine gemeinsame Wurzel: das Drängen nach Profit. Die kapitalistische Ordnung ist und bleibt die Gesellschaft der unvereinbaren Gegensätze auch im einzelnen, weil an ihrer Grundlage mit dem Privateigentum an den Produktionsmitteln der eine allgemeine, große Gegensatz liegt zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten, der seine letzte und klassische geschichtliche Form in dem Klassenantagonismus zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat gefunden hat. Dieser Grundsatz bewirkt es, daß der tote Besitz den lebendigen Menschen knechtet und mordet, und eine der scheußlichsten Arten dieses Mordes ist unstreitig die Hinschlachtung der Mütter und Kinder für den kapitalistischen Profit. Die Geschichte des Kapitalismus ist mit Proletariatsblut geschrieben, aber am reichlichsten von allem ist doch das von Frauen und Kindern geflossen. Warum? Weil Frauen und Kinder die billigsten und wehrlosesten der Opfer sind. Die Blüte ganzer großkapitalistischer Industrien ist auf einem Boden gewachsen, den weibliche und kindliche Gebeine gedüngt haben.

Gewiß: wo der Kapitalismus über den stürmischen Über-
schwung seiner Flegeljahre hinaus ist, da hören wir nicht mehr

von jenem bethlehemitischen Morden ausgebeuteter Kleiner, von jenem Massenwürgen weiblicher Leiber und Seelen, wie es der Triumphzug der Maschine und des Großbetriebs zum Beispiel in der englischen, französischen und deutschen Textilindustrie begleitet hat. Daß sich aufbäumende Menschentum der Ausgebeuteten und die Furcht der Ausbeutenden vor dem Mangel an Maschinenfutter und Kanonensfutter sind endlich dem profittrunkenen Kapital in den Arm gefallen. Jedoch, wie wenig ist fein Gelächern gezügelt! Noch geht eine Vernichtung mütterlichen und kindlichen Lebens ihren entsetzlichen Gang, die die Zukunft der Arbeiterklasse, der Menschheit bedroht. Genossinnen, blättert die Berichte der Fabrikinspektion durch, die Statistik der Arbeiterkrankenkassen, die umfangreiche fachwissenschaftliche Literatur von Ärzten, Hygienikern, Sozialpolitikern. Häuft sich da nicht zu furchtbarer Höhe das Anlagematerial, das den Bürger Kapitalismus seines Verbrochens überführt? Wandert durch die Hütten der Arbeit und sucht die Armenkirchhöfe auf! Klingt es da nicht von Siechbetten und Gräbern: „Wir klagen an!“

Da sind Frauen, die die Fruchtbarkeit ihres Leibes qualvoll verhehlend bis kurz vor ihrer schweren Stunde bei harter Fron für Bettelpennige aushalten. Müde Wöchnerinnen, die un gepflegt und fiebernd sich bald nach der Niederkunft erheben, weil sie weinende Kinder und einen Haushalt versehen müssen. Breitbaste Weiber, die nie das tödliche Leiden überwinden, das Überbürdung während der Schwangerschaft und mangelnde Fürsorge während des Wochenbettes über sie verhängt haben. Unglückliche, die ihre Liebe und ihres Leibes Frucht versuchen, denn sie denken all der Pein, die ein Esser, ein Pflegebedürftiger mehr bedeutet. Da sind Geschöpfchen, die schwächlich und krank nur geboren werden, um bald dahinzuwelken oder schmerzbeladen zu vegetieren. Säuglinge, denen der Hunger von Geschlechtern die mütterliche Nahrungsquelle versiegen ließ, denen die Natur der Arbeitsstoffe, mit denen die Mutter hantiert, sie in Gift verwandelt. Da ist ein trostloser Zug kindlicher Verdammter, die sterben und verderben, weil die mütterliche Betreuung fehlt, weil der Zwang des Verdienenmüssens ihren Körper und Charakter meuchelt, ehe sie zur Reife kommen. Am Schlusse das junge Mädchen, das, ohne das Recht der Kindheit auf Freude und Erziehung genossen zu haben, dank der Auswucherung seiner Kräfte physisch gebrochen, seelisch unvorbereitet der Mutterschaft entgegengeht. So schließt sich der Ring, ein Ring des Todes!

Kann die kämpfende Arbeiterklasse ihn unangetastet lassen? Mit nichten! Das hieße den Wahnsinn der kapitalistischen Ordnung selbstmörderisch übergipfeln. Der würgende Ring muß um der Befreiung der Klasse willen gesprengt werden, und nur des Proletariats eigene Kraft vermag ihn zu sprengen. Die Zukunft ist der Acker, auf dem die Saaten der Arbeiterklasse reifen. Die Zukunft aber liegt in einer körperlich, geistig, sittlich gesunden proletarischen Jugend beschlossen. Eine solche Jugend bedarf der Mütter, die kraftstrotzenden Leibes Kinder tragen, gebären und nähren, die hellen, fähigen Geistes und starken, treuen Herzens Nachkommen erziehen. So sind Mutter und Kind in ihrer Schutzbedürftigkeit gegen den Kapitalismus

unlöslich verbunden, der in seinem Goldhunger die Grenzen der Vernunft wie der Menschlichkeit überrennt. Ein zweiter Kreis schließt sich gegen den Feind, ein Kreis des Lebens!

Genossinnen! Ihr kennt die von uns geforderten sozialen Reformen, die sich Glied für Glied zu diesem Schutzkreis für Mutter und Kind zusammensetzen. Für einen Teil von ihnen gilt es jetzt ernsthaft zu kämpfen. Es sind das die Forderungen, die in das Gebiet der Reichsversicherungsordnung fallen, welche in der nächsten Zeit zur Verhandlung im deutschen Parlament steht. Dürftig sind die Ansätze zu Mutter- und Säuglingsschutz durch die Versicherungsgebung. Sie müssen vorwärts getrieben werden, und das kann nur das Werk der proletarischen Massen sein. Die Sozialdemokratie ruft die Proletarierinnen in die ersten Reihen des Kampfes, der — wir haben darauf hingewiesen — bitter not tut und wie kaum ein zweiter eigenste Angelegenheit der Frauen ist. Genossinnen, sorgt dafür, daß der Ruf gehört und verstanden wird. Je bescheidener die Forderungen sind, um die jetzt zunächst gelämpft werden muß, um so dringlicher ist es, daß sie rasch ihre Erfüllung finden. Der gen Himmel schreiende kapitalistische Frevel an Mutter und Kind muß bald die Losung diktieren: „Weiter!“ Die katholische Kirche hat Mutter und Kind in ihren Himmel erhoben; die kapitalistische Ausbeutungsordnung hat sie in ihre Hölle hinabgestoßen; der proletarische Klassenkampf setzt sie auf Erden in ihre Rechte ein. Also will es sein gewaltiges geschichtliches Ziel, die Befreiung des Proletariats, die der Menschheit Zukunft ist.

Eine feudale Ruine.*

Eben ist mit rauschendem Lantam der hundertste Geburtstag der Berliner Universität gefeiert worden, und um so mehr überrascht es, daß die wohlgesinnten Patrioten mit schamhaftem Schweigen an einem anderen hundertsten Geburtstag vorüber-schleichen, der doch ein echt preussischer Geburtstag ist: wir meinen den hundertsten Geburtstag der preussischen Gesindeordnung am 8. November 1810.

Aber vielleicht haben sie ihre guten Gründe dazu, denn der Glanz der Stein-Hardenbergschen Gesetzgebung, worin sie sich so manches Jahrzehnt gesonnt haben, ist mehr und mehr verblichen. Dank dem Fleiße deutscher und französischer Forscher wissen wir heute, daß der „ruchlose Korse“ in viel höherem Grade noch der Wohltäter namentlich des ostfälischen Deutschland gewesen ist, als durch die allgemeine Tatsache, daß er das vermoderte Reich und den nicht minder vermoderten Staat des alten Fritz zertrümmert hat. Indem Napoleon aus den Ländern, die er im Tilsiter Frieden dem preussischen König entriß, im Osten das Herzogtum Warschau und im Westen das Königreich Westfalen schuf, in beiden Ländern aber durch seine Vasallen moderne Einrichtungen schaffen ließ, setzte er dem preussischen König und dem preussischen Junkertum zwei Sporen in die Flanken, die diese edle Rasse, wenn auch unter heftigem Widerstreben und unter wütendem Geheul, auf die Bahn der Reformen trieben.

Die erste Reform war das vielberühmte Oktoberedikt von 1807, das die bäuerliche Erbsuntertänigkeit aufhob. Es verdankte sein Dasein der Angst vor den bäuerlichen Reformen des Herzogtums Warschau; der Kanzler Schrötter betrieb es, noch ehe der von Napoleon empfohlene Reformminister Freiherr vom Stein die Fägel ergriffen hatte, unter dem einleuchtenden Gesichtspunkt, daß die ost- und westpreussischen Bauern — und aus Ost- und Westpreußen bestand damals im wesentlichen der preussische Staat — in Massen über die Grenze gehen würden, wenn sie im Herzogtum Warschau bessere Existenzbedingungen finden würden als unter der hohenzollernschen Herrschaft. Bekanntlich war das Edikt nichts weniger als eine epochemachende Neuerung; es hinkte vielmehr mühsam der englischen, französischen, italienischen, holländischen, schweizerischen, dänischen, ja selbst der österreichischen, badi-schen und schleswig-holsteinischen Gesetzgebung nach, und neuerdings haben sogar

junkerliche Schriftsteller, die es immer noch nicht verdauen können, mit nicht ganz unebenem Hohne gesagt, indem das Edikt den Bauern zwar die Freiheit der Person, aber nicht auch die Freiheit des Eigentums gewährte, habe es die bäuerliche Klasse in eine viel üblere Lage gebracht, als in der sie sich vorher befunden hätte.

Zimmerhin hatte das Edikt aber, wenn es den Bauern auch nur erst die Freiheit der Person gab, doch einen realen Vorteil für sie. Es beseitigte mit dem Zwangsgesinde-dienst eine ihrer größten Plagen. Und es ist nun höchst charakteristisch, daß derselbe Kanzler Schrötter, der zuerst das Edikt aus Angst vor dem Auswandern der Bauern angeregt hatte, auch der erste war, der trotz des Edikts die Aufrechterhaltung des Zwangsgesinde-dienstes durch eine Gesindeordnung befürwortete. Ganz im Stil der Junkerklasse, die ihre unfaubersten Interessen durch salbungsvolle Redensarten zu verkleiden sucht, wurde der edle Junker zu seinem edlen Vorschlag nur durch die Sorge um das geistige und leibliche Heil der Bauernkinder veranlaßt. Er stellte den Gesindezwang auf dieselbe Stufe mit dem Schulzwang; wie die Eltern gezwungen würden, ihre Kinder in die Schule zu schicken, damit sie nicht ohne die allernotwendigste Bildung aufwachsen, so müßten sie auch gezwungen werden, ihre Kinder in den Junkerdienst zu geben, damit nicht die borusische Herrlichkeit in einem allgemeinen Müßiggang verumpfe.

Stein jedoch, der nun im Sattel saß, hatte kein Ohr für diese Forderungen, in denen sich Albernheit und Frechheit so glücklich das Gleichgewicht hielten. Er fertigte sie kurzweg mit der Bemerkung ab: „Die bisherige Neigung zum Müßiggang kann nur als eine Folge des Zwanges betrachtet werden und wird sich eben dann verlieren, wenn dieser Zwang und die davon unzertrennliche schlechte Bezahlung aufhört.“ Natürlich hörten deshalb aber die Junker nicht auf zu wühlen; sie verlangten mindestens einen fünfjährigen Dienstzwang für den gesamten männlichen und weiblichen Nachwuchs der ehemals erbuntertänigen Bevölkerung, Maximal-, aber keineswegs Minimal-löhne nicht nur für die Knechte und Mägde, sondern auch für die Tagelöhner und ähnliche schöne Dinge mehr. Jedoch auch Stein und sein Mitarbeiter Schön blieben fest; sie verworfen jede Art von Gesindeordnung, die immer, sei es in dieser, sei es in jener Form, auf die Wiederherstellung der Erbsuntertänigkeit hinauslaufe.

Es ist bekannt, durch welches infame Mittel dann die Junker mit diesem hartnäckigen Menschen aufräumten; sie denunzierten Stein wegen seiner franzosenfeindlichen Tendenzen in Paris. Aber mit Stein wurden sie die Sporen nicht los, die Napoleon in ihre Flanken gesetzt hatte. Hatten die Reformen im Herzogtum Warschau den Anstoß zu dem Oktoberedikt von 1807 gegeben, so gaben nach der Räumung der Mark Brandenburg durch die französischen Truppen und der Rückkehr des Königs von Königsberg die Reformen des Königreichs Westfalen, die sich vor den Toren Berlins vollzogen, den Anstoß zu der Gesetzgebung Hardenbergs. Ihre Urheber selbst sagten ganz ehrlich, man müsse dem „gefährlichen westfälischen Nachbarn in der Gunst der Opinion (der öffentlichen Meinung) den Rang ab-lausen“, und selbst wenn er es nicht gesagt hätte, so offenbarte sich seine ganze Gesetzgebung, als sie sich gerade vor hundert Jahren in einer ersten großen Welle zu ergießen begann, als ein keineswegs verbesserter Ablatsch der Gesetze, mit denen der König Morgen-Wieder-Lustik diejenigen Deutschen beglückte, die seinemzepter untertan waren. Freilich mit der einen Ausnahme, die jede Regel bestätigen muß: die Gesindeordnung Hardenbergs war echt preussisches Gewächs.

Es ist richtig, daß in ihr nicht alle Blütenträume der Schrötter und Genossen reiften. Das verbot die „gefährliche“ westfälische Nachbarschaft. Den Zwangsgesinde-dienst konnte die Gesindeordnung nicht wieder einführen, auch nicht die Maximal-löhne, die zu überfordern nach der biederen kurmärkischen Gesindeordnung vom 11. Februar 1769 dem Gesinde bei Buchthausstrafe verboten war. Auf diese Proben christlich-germanischer Gesinnung mußten die Junker tränenden Auges verzichten. Auf der anderen Seite ist es jedoch blühender An-

* Aus Nr. 6 der „Neuen Zeit“.

sinn, wenn Treitschke sagt, die Gefindeordnung Hardenbergs sei, nachdem der harte Gefindezwang kaum erst aufgehört habe, den Zeitgenossen als eine radikale Neuerung von unerhörter Kühnheit erschienen. Stein und Schön hatten jede Gefindeordnung als ein Attentat auf das Oktoberedikt verworfen und dieser Überzeugung noch in dem — von Schön verfaßten — politischen Testament, das Stein bei seinem endgültigen Austritt aus dem preussischen Staatsdienst unterschrieb, unumwunden Ausdruck gegeben.

In der Tat war die neue Gefindeordnung auch unter den damaligen Verhältnissen nichts anderes als ein Ausnahmegesetz gegen die wehrlosesten Schichten der Arbeiterbevölkerung, und die Junker brauchten sie nicht bloß mit einem weinenden, sondern konnten sie auch mit einem lachenden Auge betrachten. Mit dem minderen Rechte des Gefindes gegenüber der Herrschaft, mit der häuslichen Versklavung des Gefindes, mit dem lieblichen Prügelparagraphen usw. hatten sie doch alles Wesentliche erreicht, was sie wollten, zumal da es bei der gutsherrlichen Polizei und der Patrimonialgerichtsbarkeit blieb.

Mit der preussischen Verfassung von 1850, die alle Preußen als gleich vor dem Gesetz erklärte, hörte die Gefindeordnung von Rechts wegen auf zu existieren, aber keineswegs von Gewalt wegen. Da es die heiligste Überlieferung des preussischen „Rechtsstaats“ ist, daß in ihm allemal Gewalt vor Recht geht, so blieb es bei der Gefindeordnung, und es war eigentlich überflüssige Mühe, daß sich das feile Obertribunal noch im Schweiße seines Angesichtes abquälte, zu beweisen: die Verfassung sage zwar ausdrücklich, daß alle Preußen vor dem Gesetz gleich sein sollten, aber sie meine das Gegenteil. Die Gefindeordnung blieb nicht nur bestehen, sondern wurde noch verschönert durch das Gesetz vom 24. April 1854, betreffend die Verletzung der Dienstpflichten des Gefindes und der ländlichen Arbeiter, das unter anderem jeden Versuch des ländlichen Proletariats, seine Lebenshaltung durch Arbeitseinstellungen zu verbessern, mit Gefängnisstrafe nicht unter einem Jahre bedroht.

So ragt diese feudale Ruine noch in die moderne Welt hinein, und es mag auch von ihr gelten, was Genosse Bebel jüngst von der Theaterzensur sagte: schwerlich wird sie eher verschwinden, ehe dem junkerlichen Unwesen im Deutschen Reiche der große Rehrans getanz worden ist. Gleichwohl dürfen wir heute schon mit einiger Genugtuung sagen, daß die preussische Gefindeordnung an ihrem hundertsten Geburtstag als recht zerpluderte Mummelgreisin erscheint. Das „Gefinde“ ist sich längst seiner Menschenwürde bewußt geworden; es pfeift auf die „Bescheidenheit“ und „Ehrerbietung“, womit es die „Befehle und Verweise der Herrschaft“ annehmen soll; trotz Knigge hat es sich um den guten Ton große Verdienste erworben, indem es den „Sauerdenton“, den die Gefindeordnung zum Vorrrecht der Herrschaft macht, in ganz nette Manieren abzudämpfen verstanden hat, und vor dem Prügelparagraphen haben selbst Herrschaften vom Temperament des Knuten-Ortel eine ganz „ehrerbietige“ Scheu. Wenn die häusliche Versklavung das Gefinde schlechter stellt als andere Schichten der arbeitenden Massen, so bietet sie ihm dafür desto reichlichere Gelegenheit, die „Herrschaft“ zu erziehen, und es soll am hundertsten Geburtstag der Gefindeordnung nicht verkannt werden, daß sie in dieser Beziehung eine recht wohlthätige Wirkung gehabt hat.

Bei alledem aber bleibt auf diesem Gebiet noch viel zu tun übrig, und der Kampf gegen die Gefindeordnung als Produkt echt preussischer Gesetzgebung darf noch lange nicht aus der ersten Reihe des proletarischen Emanzipationskampfes verschwinden.

Franz Mehring.

Eine Wanderung durch die Weltausstellung in Brüssel.

I.

Ganz ist's doch nicht damit abgetan, daß man die Weltausstellungen spöttisch als Miesjahrmärkte bezeichnet. Sie sind wesentlich mehr. Schon nach ihrer Ausdehnung. Die Brüsseler

bedeckt nahezu 100 Hektar. Das ist eine Fläche, auf der eine mittlere Stadt Platz findet. Aber auch ihrem Wesen nach. Die Weltausstellungen sind rein kapitalistische Unternehmungen, so sehr sie auch neuerdings mit sozialem Glitterkrum verbrämt werden, weil das jetzt so Mode ist. Nicht Zufall war's, sondern es entsprang der inneren Natur des Kapitalismus, daß die erste Weltausstellung vor sechzig Jahren ins Leben gerufen wurde, also zu der Zeit, als die kapitalistische Produktion sich so weit entwickelt hatte, daß die heimischen Märkte nicht mehr die ganze Menge der erzeugten Waren zu verschlucken vermochten und deshalb der Kapitalismus darauf bedacht sein mußte, den Weltmarkt sich aufzuschließen und zu erobern. Das ist der Zweck der Weltausstellungen von Anfang an gewesen; er ist es heute noch.

Gewiß! Die weitaus meisten der Millionen Besucher einer Weltausstellung wandeln nur von Halle zu Halle, von Pavillon zu Pavillon, um sich alle die zahllosen und verschiedenartigen Waren anzuschauen, die hier in erdrückender Menge aufgestapelt sind. Doch gibt es auch nicht wenige, die wochenlang fast ausschließlich in einer bestimmten Abteilung verweilen. Das sind die, welche für ihr spezielles Erwerbsgebiet etwas Neues herauszufindeln möchten, eine technische Verbesserung, eine neue gefällige Form, die weitere Verwendbarkeit eines Rohstoffes, ausgiebigere Betriebsmethoden oder dergleichen. Das alles ist auf einer Weltausstellung zu finden. Wer noch keine besucht hat, ist gänzlich außerstande, sich eine klare Vorstellung zu bilden über die unendliche Mannigfaltigkeit dessen, was da alles zu sehen ist.

Es gibt schlechterdings kein Naturprodukt, keine Industrie, kein Kunstzeugnis, das nicht ausgestellt wäre. Neben riesigen Stämmen tropischer Nuthölzer liegen duftende Gewürze aus Indien oder kostbare Minerale in rohem Zustande und in verkaufsfertiger Bearbeitung. Gold adersförmig in Gesteine eingeprengt, aber auch in nutzgroßen gebiegenen Stücken. Dort schwimmt auf dem Quecksilber, mit dem ein großer eiserner Kessel gefüllt ist und das allein Zehntausende von Mark wert ist, eine massive Stahlkugel von wohl mehr als zwanzig Zentimeter Durchmesser. Sie kann nicht unter sinken, weil das Quecksilber viel schwerer ist; leicht wie eine Feder schwimmt die Kugel auf dem silbernen flüssigen Metall. Da wieder funkeln, sorgsam behütet und unter festem Verschlusse, Edelsteine aller Art, Rubine, Türkise, Smaragde, Topase, Diamanten — rot, grün, blau, gelb, weiß —, das Auge schmerzt von dem feurigen Lichte, das sie ausstrahlen, und das manchem Mädchen, mancher Frau schon soviel Leid gebracht hat. Man darf gar nicht anfangen, alle die Schätze aufzuzählen, sonst wird man nicht fertig.

Und erst die Industriehallen! Was soll man da als das Wichtigste herausgreifen? Soll man die kostbaren französischen oder englischen Kostüme erwähnen, leicht und duftig wie Spinnwebgewebe oder auch aus schwerster Seide gefertigt, von denen jedes 1000 Mk. und mehr kostet? Oder die türkischen und persischen Teppiche, von den kleinsten und feinsten an bis zu denen in Wandgröße? Oder die kunstvollen Stickereien? Ach, das sieht alles so herrlich aus. Aber ich gedenke dabei des Glends der Heimarbeiterrinnen in der Konfektionsbranche; ich erinnere mich an das Jammerleben der Spizentlöpplerinnen im Erzgebirge, an die bleichen Mädchen und Frauen, die mir in den Hauptstädten der englischen Textilindustrie begegneten, an eine große Teppichmanufaktur, die ich bei Brussa in Kleinasien besuchte, in der über 200 Mädchen von 7 bis 17 Jahren ein wahres Gefangenleben führen mußten. Außer kümmerlichster Kost erhielten sie wöchentlich nur 2 bis 3 Piaster (1 Piaster gleich 18 Pf.) Lohn für täglich 12 bis 14 stündige angestrengteste Arbeit. Vor solchen Gedanken verblaffen die feinsten Stickereien und Gewebemuster, und man verliert die Lust, noch länger in den Räumen zu weilen, die so grell veranschaulichen, wie das elegante Proletariat mit dem Lebensglück Tausender Frauen und Mädchen des Proletariats erkaufte wird.

Aber in welche Halle wir uns auch flüchten wollen, überall grinst uns aus den dunklen Ecken und Winkeln hinter den zur Schau gestellten Kostbarkeiten die Not und Entbehrung derer

entgegen, deren rastloser Fleiß diese Kostbarkeiten erst geschaffen hat. Hier stehen allerliebste Spielsachen aller Art aus Holz, Metall, Papiermaché oder Fell gearbeitet. Aber die Arbeiterfrau, unter deren emsigen Fingern sie entstanden sind, kann sie nicht für ihre eigenen Kinder kaufen; sie sind zu teuer. Dort ziehen die feinsten Leder- und Galanteriewaren unser Auge auf sich. Wieder zum guten Teile Frauen- und Mädchenarbeit. Aber dieselben Frauen und Mädchen müssen sich mit billiger Marktware begnügen. Da wieder werden wohlriechende Seifen und kostbare Essenzen aus duftenden Blumen oder andere kosmetische Mittel vor unseren Augen bereitet, und wiederum haben Frauen und Mädchen an der Herstellung hervorragenden Anteil. Selbst in der ungeheuren Maschinenhalle, wo gewaltige eiserne Kolosse ihre stählernen Fänge ausrecken und dicke eiserne Wellen zerschneiden oder abdrehen, als handle es sich um weiches Wachs, treffen wir auf die Frau; auch hier ist sie am Produktionsprozeß beteiligt.

Keine Industrie ohne Frauenarbeit. In der Bearbeitung von Nahrungs- und Genussmitteln herrscht sie vor. Wir sehen, wie die feinsten Tafelschokoladen und hundert andere süße Leckerereien vor unseren Augen entstehen, bis sie durch Mädchen in appetitliche Umhüllungen gepackt und dem Besucher zum Kauf angeboten werden. Auch wer sonst kein Freund von Süßigkeiten ist, nascht hier gern einmal. Für 5 oder 10 Zentimes (4 oder 8 Pf.) werden allerlei „Proben“ angeboten, und das Zeug schmeckt gut. Wer Lust hat, sich für eine Woche den Magen zu verderben, kommt hier zu diesem Vergnügen für billiges Geld.

Nun sind wir doch in Details hineingekommen, was gar nicht beabsichtigt war. Aber die Erinnerung an die uner schöpfliche Fülle von Einzelheiten, die eine Weltausstellung uns bietet, ist eben zu mächtig. Und selbst die beredteste Feder müßte sich ohnmächtig fühlen, in kurzen Zügen ein lückenloses geordnetes Gesamtbild alles dessen zu geben, was hier vor das Auge tritt. Nur noch einige Produktionsgebiete seien gestreift, in denen die Frau gleichfalls eine wesentliche Rolle spielt. Dazu gehört die Industrie der Musikinstrumente. Mit Deutschland traten auf diesem Gebiet Frankreich, Belgien, England, Italien und Spanien in Wettbewerb. Aber Deutschlands Ausstellung an Streich-, Blas- und Zupfinstrumenten, an Pianos und Konzertflügeln, an Orgeln, Mund- und Ziehharmonikas, an Grammophonen, Phonographen und wie die Dinge alle heißen, ist am vollständigsten. Man ist erstaunt, wenn man erfährt, welche Massen von Musikinstrumenten jährlich in Deutschland hergestellt werden. Für 60 bis 70 Millionen Mark derselben werden allein jedes Jahr nach dem Ausland verkauft, ungerechnet den riesigen Bedarf in Deutschland selbst. 1909 gingen über 50000 Klaviere für mehr als 30 Millionen Mark aus Deutschland ins Ausland, fast 200000 Geigen für 2 1/2 Millionen Mark, etwa eine halbe Million Ziehharmonikas für 3 1/2 Millionen Mark, viele Millionen Mundharmonikas für 3 Millionen Mark, für 2 Millionen Mark Orchestrions und andere mechanische Spielwerke, für 4 Millionen Mark Klaviermechaniken und Klaviaturen, für 6 1/2 Millionen Mark Phonographen und Grammophone, für den gleichen Betrag Walzen und Platten. Es handelt sich demnach um eine gewaltige Industrie. Und welche herrliche Tonfülle entströmt den Instrumenten, wenn kundige Hand sie meistert. Jetzt zart und lind wie losender Abendwind, dann wieder in leidenschaftlicher Glut, daß man sich veretzt fühlt in eine Pusttaschente Ungarns, wo Zigeunerinnen in verzehrendem Feuer von ihren Tänzern herumgewirbelt werden; dort ein frommes Adagio auf einer Orgel und da ein prickelndes Scherzando von Offenbach, ein leichtbeschwingter Walzer von Strauß, das in Töne verflüchtigte echte Wiener Blut. Man begreift, daß manche Stundenlang in den weichen Sesseln dieser Abteilungen ruhen bleiben und im süßen Nichtstun den Weisen lauschen. Viele fleißige Frauenhände haben mitgewirkt, die Musikinstrumente aller Art zu schaffen.

Zuletzt rasch noch einen flüchtigen Blick in die Abteilung für das Buchgewerbe, in dem Deutschland neuerdings tonangebend geworden ist. Unter den 103000 Personen, die 1907 in der deutschen Papierfabrikation beschäftigt wurden und unter

den 78000 in den Buchbindereien Tätigen befinden sich mehr als die Hälfte Frauen und Mädchen. Fast scheint es, als habe sich die natürliche Zierlichkeit und Sauberkeit des weiblichen Geschlechts auf die Produkte ihrer Arbeit übertragen. Aber dort ist eine neue Falzmaschine in Betrieb. Sie faltet in einer Stunde 4000 große Bogen drei- bis viermal. Das ist die Arbeit von sieben bis acht geübten Handsalzerinnen. Sehr gut, daß wieder durch eine Maschine geisttötende menschliche Handarbeit überflüssig gemacht worden ist. Doch was wird aus den sechs bis sieben Mädchen, die auf ihrer Hände Arbeit angewiesen sind und die nun gleichfalls überflüssig werden? Denn die Maschine bedarf zu ihrer Bedienung nur einer Arbeitskraft. Und welche Folgen hat die an sich zu begrüßende neue Erfindung für die Tausende von Falzerinnen, die in Betrieben stehen, deren Besitzer nicht imstande sind, sich die zu Monopolpreisen verkaufte Maschine anzuschaffen? Sie werden erheblichen Lohnrückungen ausgesetzt sein, weil ihre „Brotgeber“, die in Wirklichkeit ihre Brotnehmer sind, sonst nicht mit ihren besserbemittelten Konkurrenten Schritt halten können.

Eine Weltausstellung ist eine große Lektion im Anschauungsunterricht, die für jeden, der verstehen will, den Sozialismus predigt. Wie unendlich wohl wird sich die Welt fühlen, wenn die Maschine und die mit ihrer Hilfe erzeugten Produkte aller Art nicht mehr der Profitmacherei ihrer Besitzer dienen werden, sondern wenn die technischen Fortschritte der Gesamtheit zugute kommen werden. Dann brauchte die tägliche Arbeitszeit noch keine sechs Stunden zu dauern und das Arbeitsjahr keine 300 Tage, und doch würde jeder alles reichlich haben können, was er zu einem vollen Kulturleben braucht. Der französische Philosoph Voltaire schrieb einst: „Erasez l'infâme!“ (Zerschmettert die Verurtheilte!) Er meinte damit die Kirche und allen religiösen Wahnglauben. Auch der Besuch einer Weltausstellung drängt uns den Hornschrei auf die Lippen: „Erasez l'infâme!“ Zerschmettert den Verurtheilten, den Kapitalismus, den Verderber des Menschenglücks, den schrecklichen Menschenfresser, den furchtbaren Vampir am proletarischen Blute. A. Th.

Säuglingsernährung und Säuglingssterblichkeit.*

I.

Die Zahl der Kinder, die auf die Ernährung mit Muttermilch verzichten müssen, hat im Laufe der letzten zwei Jahrzehnte in sehr großem Maße zugenommen. So wurden zum Beispiel in Leipzig im Jahre 1890 beinahe 37 vom Hundert der Kinder sechs Monate lang gestillt, 1905 nur noch etwa 16 vom Hundert. In Solingen nährten im Jahre 1902 80 vom Hundert Frauen ihre Kinder nicht an der Brust; die Mütter aber dieser befragten Frauen hatten alle dies getan. In Köln stillten im Jahre 1902 mehr als 60 vom Hundert Frauen ihre Kinder nicht; die Mütter dieser befragten Frauen hatten mit Ausnahme von nur 6 vom Hundert ihren Kindern die Brust gereicht. Ähnliche Zahlen liegen auch für andere Städte vor. Die mitgetheilten Angaben mögen nur als Beispiele dienen.

Die Zahl der Frauen, die heute ihre Kinder selbst stillen, ist in den einzelnen Gegenden recht verschieden. Manchmal sind es nur wenige Mütter vom Hundert, die ihren Kindern die Brust nicht reichen, manchmal beträgt die Zahl der Nichtstillenden mehr als die Hälfte der Mütter.

Die Art der Ernährung, ob Muttermilch oder Kuhmilch, ist für den Säugling nicht gleichgültig. Untersuchungen, die an verschiedenen Orten angestellt worden sind, haben gezeigt, daß die Sterblichkeit der mit Muttermilch genährten Kinder sehr viel geringer ist als die Sterblichkeit der Säuglinge, die mit Kuhmilch ernährt werden. So starben in Berlin in den Jahren 1895 bis 1896 auf 100 Lebendgeborene bei Ernährung mit

Brustmilch	7 Kinder
Kuhmilch	39

* Sämtliche Zahlen sind entnommen: Prinzling, Handbuch der medizinischen Statistik, Jena 1906.

Sehr interessant ist eine in Köln vorgenommene Untersuchung. Auf 100 Lebendgeborene starben bei Ernährung mit Brustmilch, die 9 Monate und länger dauerte . . . 3 Kinder
 . . . 3 bis 9 Monate dauerte . . . 12
 . . . weniger als 3 Monate dauerte . . . 35
 Kuhmilch 47

Man sieht hier sehr deutlich, wie für den Säugling die Aussichten, am Leben zu bleiben, sich um so mehr verschlechtern, je mehr die Brustmilch in der Nahrung zurücktritt und der Kuhmilch das Feld räumt.

II.

Es steht fest, daß die Zahl der Kinder, die mit Kuhmilch ernährt werden, mehr und mehr zunimmt. Ebenso ist erwiesen, daß die Ernährung mit Kuhmilch für das Gedeihen der Säuglinge so nachteilig ist, daß die Sterblichkeit der Kuhmilchkinder um das Vielfache höher ist als die Sterblichkeit der Muttermilchkinder. Wir müssen uns nun fragen, warum die Zahl der Frauen, die ihre Kinder nicht stillen, zunimmt, und warum die Kuhmilch viel nachteiliger für den Säugling ist als die Muttermilch. Wir wollen zunächst die zweite Frage zu beantworten suchen.

Den ersten Anhaltspunkt bekommen wir, wenn wir untersuchen, an welchen Krankheiten die Brust- und Flaschenkinder zugrunde gehen. Das Ergebnis einer solchen Untersuchung, die in Berlin in den Jahren 1895 bis 1896 vorgenommen worden ist, zeigt uns die folgende Zusammenstellung:

Es starben an	Auf 1000 lebendgeborene Brustkinder starben an dieser Krankheit	Auf 1000 lebendgeborene Flaschenkinder starben an dieser Krankheit
Magen-Darmtatarch	12	171
Abmagerung und Erschöpfung	2	24
Mit anderen Krankheiten	57	191
Zusammen	71	386

Sehen wir uns diese Zusammenstellung näher an! Solche Tabellen sind ganze Romane; in Kürze, in einigen wenigen Zahlen sind in ihnen große Tatsachen zusammengefaßt. Man muß sie darum sehr aufmerksam und sorgfältig studieren.

Während die Sterblichkeit überhaupt bei den Flaschenkinder mehr als fünfmal so hoch ist als bei den Brustkindern (vierte Reihe), ist die Sterblichkeit der Flaschenkinder an Magen- und Darmtatarch mehr als vierzehnmal so hoch als bei den Brustkindern (erste Reihe). Oder: von den Brustkindern stirbt der sechste Teil aller zugrunde gehenden an Magen-Darmkrankheiten, von den Flaschenkinder dagegen beinahe die Hälfte. Mit anderen Worten: Wenn schon überhaupt die Flaschenkinder schwächer und kränklicher sind als die Brustkinder, so sind sie durch die Ernährung mit Kuhmilch besonders durch die Krankheiten des Magens und des Darmes gefährdet.

Auch an Abmagerung sterben zwölfmal so viel Flaschenkinder als Brustkinder. Das ist wohl eine unmittelbare Folge der Verdauungsstörungen der Flaschenkinder, von denen uns ja die Zahlen für die hohe Sterblichkeit an Magen-Darmkrankheiten bei ihnen erzählen.

Es ist auch leicht verständlich, daß Flaschenkinder, bei denen Störungen der Verdauung so häufig sind und deren allgemeiner Körperzustand darunter leidet — auch wenn das Kind nicht gerade an Abmagerung zugrunde geht —, allen anderen Krankheiten des Säuglingsalters eher erliegen werden als Brustkinder (dritte Reihe der Tabelle), bei denen die Verdauungsstörungen eine viel, viel geringere Rolle spielen.

Wir dürfen also sagen, daß die Ernährung mit Kuhmilch dem Säugling vor allem eine Reihe von Verdauungsstörungen bringt, in denen für die Flaschenkinder ein gewaltiger Nachteil gegenüber den Brustkindern gegeben ist.

Wir wollen nun wissen, warum es bei Ernährung mit Kuhmilch zu Verdauungsstörungen beim Säugling kommt.

Wenn die Kuhmilch aus dem Euter des Tieres in einem Gefäß aufgefangen wird, so geraten Bakterien in die Milch. Die Bakterien sind überall vorhanden, sie haften auch an den Wänden von allerhand Geschirr und an den Händen der melkenden Personen. In der Milch können die Bakterien gut gedeihen und sich vermehren. Die Milchbakterien, die für den Erwachsenen völlig unschädlich sind, gereichen aber dem Säugling zum Verderben. In seinem Darne kommt es durch die Bakterien bei der Verdauungsarbeit zu jenen Störungen, die den Säugling zugrunde richten, wie wir es gesehen haben.

Man kann bekanntlich die Bakterien der Milch beinahe vollständig abtöten, wenn man die Milch entsprechend aufkocht. Nehmen wir nun an, wir hätten es in der Pflege unserer Säuglinge so weit gebracht, daß alle Säuglinge ihre Kuhmilch völlig bakterienfrei bekämen. Gätte die Kuhmilch dann noch Nachteile für den Säugling, brächte sie ihm auch dann noch Schwierigkeiten bei der Verdauung?

Die Wissenschaft ist heute noch nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten. Aber schon heute darf man annehmen, daß bei der Verdauung der Kuhmilch dem Darne des Säuglings mehr zugemutet wird als bei der Verdauung der Muttermilch. Vor allem wissen wir, daß nicht allen Verdauungsstörungen der künstlich ernährten Säuglinge der Bakteriengehalt der Kuhmilch zugrunde liegt. Häufig verträgt das Kind die sonst einwandfreie Kuhmilch nicht. Sehr wichtig für die Beurteilung der Frage ist die Tatsache, daß das Eiweiß der Kuhmilch nicht genau derselbe Stoff ist wie das Eiweiß der Muttermilch! Wie es verschiedene Zucker, zum Beispiel Fruchtzucker, Milchzucker usw. gibt, die gewisse unterscheidende chemische Merkmale haben, so gibt es auch verschiedene Eiweißarten. Und es ist gerade eine Errungenschaft der Wissenschaft in den letzten zehn Jahren, festgestellt zu haben, daß das Eiweiß, aus dem die Zellen des Körpers der verschiedenen Tierarten bestehen, bei den einzelnen Tierarten verschieden ist. Mit der Kuhmilch bekommt der Säugling ein Eiweiß als Nahrung, das in seinen chemischen Eigenschaften sich von dem Eiweiß des Säuglingskörpers sehr unterscheidet. Es ist darum sehr wahrscheinlich, daß die Verdauungsäfte des Säuglings eine harte Arbeit zu vollbringen haben, wenn sie das genossene Eiweiß der Kuhmilch nutzbar machen sollen. Diese Schwierigkeiten fallen bei dem mit Muttermilch ernährten Säugling weg.

Das ist einstweilen nur eine Annahme, noch keine Tatsache. Eine Annahme aber, die sehr wahrscheinlich ist! Und die uns zugleich zeigt, wie verschlungen die Wege sind, auf denen die Nachteile der Kuhmilchernährung den Säugling ereilen können. Es muß der Wille jeder Mutter sein, ihr Kind zu stillen, wenn keine ärztlichen Bedenken dagegen bestehen.

Dr. A. Lipsius.

Aus den Erinnerungen einer Krankenschwester.

Der Aufsatz in Nr. 26 der „Gleichheit“ über die „Lage der Krankenpflegerinnen“ hat in meinem Herzen ein lebhaftes Echo erweckt. Er veranlaßt mich, auch meinerseits einen Beitrag zu diesem vielfach so traurigen Kapitel zu geben. Ich selbst war über ein Jahrzehnt lang in der Krankenpflege tätig, und zwar sowohl in kirchlich-konfessionellen Vereinen strengster und gemäßigter Richtung als auch privatim. Ich kann also aus Erfahrung reden, und will einiges aus dem Leben jener Jahre hier erzählen.

Ich hatte das neunzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet, als ich in ein Diakonissenhaus eintrat, von dem glühenden Wunsche beseelt, im Dienste an den Armen und Kranken „dem Heiland mein Leben zu weihen“. So heißt ja der schöne Ausdruck, mit dem man die jungen Mädchen aus frommen christlichen Häusern gern vom Zeitpunkt der Konfirmation ab für die Arbeit in den Diakonissenhäusern zu gewinnen versucht und leider auch vielfach gewinnt. Es geht dann vielen anderen so, wie es mir damals erging. In streng kirchlicher Frömmigkeit und engen Anschauungen im Elternhaus erzogen, glaubte ich ein Gott wohlgefälliges Werk zu tun, wenn ich mich um feinetwillen der schlimmsten Ausbeutung im Krankenhausdienst unterwarf. Freilich, ich sah damals keine „Aus-

beutung“ in all den Anstrengungen, die man uns zumutete, dazu war jene Anschauungswelt noch viel zu lebendig in mir selbst. Erst nachher, als ich mich zu einer anderen Betrachtungsart durchgelämpft hatte, ist es mir klar geworden, was man damals an uns gefündigt hat. Und mit Jammer denke ich jetzt daran, welcher Raubbau noch heute alle Tage an Tausenden von jungen weiblichen Wesen getrieben wird. Ich bin wahrhaftig die letzte, zu behaupten, man dürfe nicht Opfer verlangen und andere zu freudiger Opfervolligkeit erziehen, wo eine gute und große Sache gefördert werden soll. Aber hier liegen Schäden vor, die mit leichter Mühe gebessert werden könnten, sobald der Krankenpflegeberuf in richtiger Weise organisiert wäre; und die Vergeudung, die heute auf diesem Gebiet mit jungen, reichen Kräften getrieben wird, ist geradezu haarsträubend!

Im ersten Krankenhaus, in dem ich arbeitete, hatten wir sozusagen von morgens 5 $\frac{1}{2}$ Uhr bis abends um 9 Uhr Dienst. Es fand keine andere Unterbrechung statt als die paar Mahlzeiten; und diese waren als Erholung kaum anzusprechen, denn sie wurden gewöhnlich in aller Hast hinuntergeschlungen; zum Teil waren sie auch derart schlecht zubereitet, daß sie den Appetit nicht zu reizen und also auch die verbrauchten Kräfte nicht zu ersetzen vermochten. Früh um $\frac{1}{6}$ Uhr mußten wir auf der Station antreten und gleich, mit nüchternem Magen, mit der ekelhaftesten Arbeit beginnen, die sich denken läßt: nämlich die Urin- und Speigläser auswaschen! Wie oft hat sich mir bei diesem Werke der „Magen umgedreht“ und durch energische Exprolationen gegen solche Behandlung rebelliert. Leider immer vergeblich, denn die Oberschwester, der ich mein Leid zu klagen wagte, meinte nur lächelnd, daran würden wir uns schon gewöhnen! Um 6 Uhr gab es Frühstück für uns Schwestern. Übermüdet von der Last des vorigen Tages und ungestärkt durch ausreichenden Schlaf, schon in nerodser Hast im Gedanken an die nun folgenden arbeitsvollen Stunden, war es uns fast allen nicht möglich, auch nur eine halbe Semmel zu verzehren; und der schlechte Kaffee, der uns lochend heiß aus den großen Kesseln in die Tassen geschöpft wurde, blieb meist stehen, da es an Zeit mangelte, ihn gehörig erkalten zu lassen. Frau Oberin und einige der älteren Schwestern, die sich besonderer Würde erfreuten, lagen unterdessen meist noch in den Federn und bekamen eine Stunde später ihren guten Kaffee, mit Semmeln und Butter zierlich verzert, auf ihre Zimmer gebracht. — Wenn wir eben glaubten, unsere Kaffeetassen zum Munde führen zu können, so erscholl der Ruf der Oberschwester, welche in Vertretung der Oberin die Morgenandacht zu halten hatte: „Die Schwestern sind wohl fertig, damit wir die Andacht lesen können?“ und sogleich begann auch die Verlesung aus dem uns wohlbekannten Buche, das täglich viermal an unserem Tische als Nachspeise erschien. Nach der Verlesung wurde ein freies Gebet von der leitenden Schwester gesprochen, währenddessen wir alle vor unseren Stühlen auf den Knien lagen. Dies Gebet benutzte die Schwester mit Vorliebe zur Entfaltung ihrer Beredsamkeit dem lieben Gott gegenüber, wir Schwestern hingegen zu einem nachträglichen kleinen Schläfchen. Das war gar so bequem, wenn wir den Kopf verstoßen in die auf den Sitz unseres Stuhles gestützten Arme legten. Hin und wieder ist es auch passiert, daß eine der jungen Schwestern während eines in die Länge gezogenen Gebetes plötzlich aus tiefster Seele schnarchte; sie erhielt dann schleunigst einen gelinden Rippenstoß von der mitsühlenden Nachbarin; und nie verriet nachher jemand von uns, wer die Schnarcherin gewesen war.

Den ganzen Vormittag hindurch waren wir aufs äußerste angestrengt; und die Freude, welche die Arbeit gewiß oft hätte in hohem Maße bieten können, ist vielfach ertötet worden durch die unmenschliche Hast, in der sie stets vollführt werden mußte. Zum zweiten Frühstück um 10 Uhr gab es aufgewärmtes Gemüse vom Mittag vorher, das gehörig verdünnt worden war, so daß es aus Tassen getrunken wurde! Es ist dort das einzige Mal in meinem Leben gewesen, wo ich zum Beispiel Sauertraut, Wirsing und dergleichen aus Tassen habe trinken müssen. Das schönste war, daß uns dazu kein Löffel gestattet wurde; das wäre Luzus gewesen, und Sparsamkeit in jeder Hinsicht war doch unser vornehmstes Gebot.

Jeden Vormittag von 11 bis 12 Uhr hatten wir Probeschwestern Religions- und Berufsunterricht beim Pfarrer. Dieser wurde mit größter Peinlichkeit und Strenge eingehalten, und ein Fehlen wegen zu viel Arbeit, großer Ermüdung oder schlechten Befindens fast niemals erlaubt. Viel wichtiger wäre es allerdings gewesen, man hätte uns mit gleicher Sorgfalt guten sachlichen Unterricht in Anatomie, Hygiene, Verbandlehre und ähnlichem zuteil werden lassen. Damit sah es aber mehr als traurig aus. Offiziell fand zwar in jedem Winter ein Kursus in diesen Fächern statt, der vom leitenden Arzt der Anstalt erteilt werden sollte. Es sollten, glaube ich,

zwei- oder dreimal wöchentlich während der Dauer von vier oder fünf Monaten abends Unterrichtsstunden sein. Während desjenigen Winters, da ich unterrichtspflichtig war, haben aber — sage und schreibe! — ganze zwei Stunden stattgefunden; und die eine derselben mußte ich noch versäumen, da man mich, die ich noch gar nichts konnte, aus Mangel an Kräften in eine Privatpflege geschickt hatte! Ich stehe nicht an, zu sagen, daß es in vielen anderen Krankenhäusern mit der Ausbildung der Schwestern besser bestellt ist als in dem, von dem ich eben rede. In den Dialonissenhäusern aber war es bis vor ganz kurzer Zeit in dieser Hinsicht noch durchaus schlecht bestellt; und es ist geradezu ein Skandal, wie wenig geschult man die jungen Schwestern manchmal hinaus sandte, in Privatpflegen, wo sie doch ganz auf sich selbst gestellt sind und der Leitung entbehren, die sie im Krankenhaus von seiten der älteren Schwestern immerhin haben. Ich selbst war bei meiner ersten Privatpflege wie verraten und verkauft. Im August eingetreten, hatte ich gleich zu Anfang sechs Wochen an einem gastrischen Fieber krank gelegen, dann acht oder neun Wochen, wie das so bei uns Sitte war, als Vorprobe im Küchendienst gearbeitet. In den letzten Tagen des November kam ich auf die Kinderkation, wo außer mir drei ältere Probeschwestern unter der Leiterin arbeiteten. Es war üblich, daß die jüngsten Probeschwestern immer zuerst hauptsächlich mit Zimmerputzen, Windelwaschen, Nachtgeschirre ausgießen usw. beschäftigt wurden, aber noch nicht mit der eigentlichen Krankenpflege. So kam es, daß ich nach vierzehn Tagen noch nicht ein einziges Mal selbständig eine Temperaturmessung ausgeführt, vielmehr nur so beiläufig gesehen hatte, wie es die anderen machten. Wo das Fieber beginnt — wie die Messungen an anderen Körperstellen als in der Achselhöhle ausgeführt werden — wie man sehr unruhige Kinder bei der Temperaturmessung zu behandeln hat: davon hatte ich noch keine blasse Ahnung. Als die Leiterin des Hauses um Mitte Dezember eine Privatpflegerin zu einem Kinde nach der Stadt schicken sollte und in großer Verlegenheit war, da wählte man mich sicherlich nicht deswegen aus, weil ich schon etwas verstanden hätte. Man wählte mich vielleicht, weil ich ein ernstes, gefehtes Wesen hatte, und weil ich, aus einem sogenannten „guten Hause“ stammend, den meisten anderen an Bildung voraus war. Ich mochte also nach außen hin den besten Eindruck machen. Wieviel ich dort in der Pflege leisten konnte, bei einem Kinde, das soeben eine schwere Diphtherie überstanden hatte und noch an ihren Folgen litt, das mag sich jeder selbst sagen; ebenso auch, wieviel ich hätte verderben und schaden können, wenn mir nicht gerade das Glück günstig gewesen wäre, so daß ich ohne böse Zwischenfälle jene Zeit beenden konnte. Wenn ich heute daran zurückdenke, muß ich über die Gewissenlosigkeit der Leiter den Kopf schütteln, die mich damals so unvorbereitet an einen verantwortungsvollen Posten schickten. (Schluß folgt.)

Kindererausbeutung auf dem Hohenwald.

In der Ersten Kammer der badischen Landstände kam der bekannte Geheime Kommerzienrat Pfeilsticker auf die Unstimmigkeiten zu sprechen, die zwischen der Handelskammer Konstanz und dem Vorstand der badischen Fabrikinspektion bestehen. Er bezog sich auf den Aufsatz einer ausgeschiedenen Assistentin der Fabrikinspektion über ihre Erhebungen betreffend die Heimarbeit auf dem Hohenwald und rigte insbesondere die Bemerkung, daß das „Knöpfaufnähen der Fluch von über tausend badischen Kindern sei, und daß an diesen Kartons Kindertränen und Kinderseufzer das Bindemittel seien“. Er habe der Sache nachgeforscht und in Erfahrung gebracht, daß die betreffende Fabrik für das Knöpfaufnähen in einem Jahre 100000 Mk. ausgegeben habe. Dabei sei dies eine Arbeit, die auf dem Hohenwald hauptsächlich in den Wintermonaten verrichtet werde. „Jetzt“, so fuhr der Herr Kommerzienrat fort, „bei dem flauerem Geschäftsgang und zumal die in Frage stehende Fabrik die Absicht hat, überhaupt aus dem badischen Lande wegzuziehen und nach Aachen überzusiedeln, kommen betrübliche Berichte von der Höhe des Hohenwaldes, und es wird gemurmelt, man möchte doch diese Knöpfe wieder hinaufschicken, um der Bevölkerung während des Winters Beschäftigung zu geben.“

Der Jahresbericht der Fabrikinspektion für 1909 läßt die Sachlage wesentlich anders erscheinen. Er führt aus, daß die Hausindustrie des Knöpfaufnäheus vor 3 Jahren in 24 Ge-

meinden des Hohenwaldes in 240 Familien Fuß gefaßt habe, nachdem sie diese Gegend fast 80 Jahre lang gemieden hatte. Sie sei jedoch schon wieder im Begriff, den Hohenwald zu verlassen und sich anderswo anzusiedeln. „Das Knöpfeaufnähen pflegt überhaupt rasch aufzutauhen und ebenso rasch wieder zu verschwinden.“ Der Bericht meint allerdings, daß diese Arbeit noch zu den harmlosen Hausindustrien gehöre. Er hat hierbei jedoch nicht die Kinderausbeutung im Sinne. Daß die von der Fabrikinspektion noch für harmlos angesehene Hausindustrie für die Kinder zu einer Ausbeutung der schlimmsten Art werden kann, lehrt der Bericht der Inspektion selbst. Wir lesen dort:

„Das Daniederliegen der Textilhausindustrie hat dem Knöpfeaufnähen den Weg in den Hohenwald geebnet. Mancher Webstuhl mußte stillstehen, die Hand, die ihn bedient hatte, ergriff freudig jede andere Gelegenheit zur Erhöhung des geringen Einkommens, und dies besonders da, wo das Mithelfen von Kindern eine Erhöhung des Verdienstes versprach. Weil leicht zu erlernen und auszuführen, wird diese Arbeit von Kindern im frühesten Alter, selbst von solchen, die noch schulpflichtig sind, erledigt. In der Regel wird den Kindern je nach Alter und Leistungsfähigkeit ein bestimmter Arbeitsjah zugewiesen, der von dem Kinde fertiggestellt werden muß, ehe es spielen darf. In zwei Familien waren ungefähr folgende Bestimmungen getroffen: Ein vier Jahre altes Kind hatte täglich eine Karte fertigzustellen, ein Kind von sieben Jahren drei, ein achtjähriges fünf, ein zehnjähriges zehn, ein zwölfjähriges dreizehn Karten. Die zum Aufnähen einer Karte (144 Knöpfe) erforderliche Zeit schwankt je nach Geschicklichkeit und Alter zwischen einer Viertelstunde und einem halben Tage. Der Arbeitsverdienst für das Aufnähen einer Karte beträgt 1 bis 2 Pf. (!), je nach der Qualität der aufgenähten Knöpfe, da die besseren Sorten zuvor noch ausgesucht werden müssen. Wenn auch den Vorschriften des Kinderschutzgesetzes allgemein nicht Rechnung getragen wurde, so konnte doch in keinem Falle maßlose und nächtliche Ausbeutung der Kinder durch ihre Eltern festgestellt werden; in weitaus den meisten Fällen waren die Eltern durch die Not gezwungen, zu diesem Erwerb zu greifen und ihre Kinder mitanzuspannen; Tagesverdienste von 40 bis 50 Pf. bei Mittätigkeit von Vater, Mutter und vier bis fünf Kindern wurden als Wohlstand empfunden.“

Die in dem letzten Satz liegende Feststellung sollte niemand Veranlassung zu der Behauptung geben, daß milder Sinn das Leitmotiv einer Firma sei, weil sie 100000 Mk. in einem Jahre für Knöpfeaufnähen aufgewendet hat, also an der Viertel- und Halbtagsarbeit von vier- und sechsjährigen Kleinen, wie an der Arbeit schulpflichtiger Kinder unbedingt gut verdient haben muß. An der Tatsache schmachvoller Ausbeutung wird auch nichts geändert, wenn die Not auf dem Hohenwald die Einkehr der Einsicht bei den Bedrängten verhindert und diese selbst um diesen Jammerverdienst betteln läßt. Die schädigende Einwirkung solcher Arbeit auf die Kinder geht schon daraus hervor, daß die Lehrer, wie der Bericht feststellt, darin den Grund geringerer Leistungsfähigkeit in der Schule suchen und eine Einschränkung wünschen. Die Eltern zeigten sich auch ziemlich zugänglich bei den Revisionen und versprachen, fortan die gesetzlichen Bestimmungen einzuhalten, „doch ließ sich aus manchen Äußerungen entnehmen, daß die unerlaubte Kinderarbeit nicht aufhören, sondern nur mit größerer Vorsicht weitergeführt werden wird“.

Mit der angebrohten plötzlichen Übersiedlung der Industrie nach Aachen hat es auch seine eigene Bewandnis. Im vergangenen Herbst war ein Agent der Firma beim Bezirksamt darum eingekommen, daß das Knöpfeaufnähen für Kinder, die sich noch im Schulalter befinden, gestattet werden möge. Dadurch hatte das Bezirksamt sich zu einer nochmaligen Bekanntmachung des Kinderschutzgesetzes veranlaßt gesehen. Dem Agenten wurde zur Pflicht gemacht, die Familien auf die gesetzlichen Bestimmungen hinzuweisen. Auch richtete die Firma auf Anregung des Bezirksamtes ein im gleichen Sinne gehaltenes Schreiben an den Agenten. Diese Vorkommnisse lassen die Firma, für die sich Herr Kommerzienrat Pfeilsticker ins Zeug wirft, in eigentümlichen Lichte erscheinen. Um so bedauerlicher ist es, daß der Minister Freiherr v. Bodman in jener Sitzung der Ersten badischen Kammer nicht das Verdienst der früheren Inspektorin

hervorhob, sondern Herrn Pfeilsticker beipflichtete, daß die Beamten „auch nach Verlassen ihrer Stellung über den Inhalt ihrer amtlichen Wahrnehmungen in dieser Weise sich nicht äußern dürfen“. Herr v. Bodman hat mit dieser Auffassung Wasser auf die Mühle der Scharfmacher geleitet! So geschehen im liberalen Musterland Baden. t. h.

Wie können sich unsere Genossinnen am besten bilden?

Auf die Ausführungen der Genossin Wackwitz in Nr. 26 der „Gleichheit“ des vorigen Jahrganges möchte ich einiges erwidern. Ich nehme an, daß Genossin Wackwitz ihre Anregungen auf Erfahrungen stützt, die sie bei der praktischen Arbeit gewonnen hat. Leider muß ich gestehen, zum Teil ganz andere Erfahrungen gemacht zu haben wie sie. Wie Genossin Wackwitz — die durch alle Teile Deutschlands gewandert ist — bin auch ich im Osten, Norden und jetzt im Süden agitatorisch tätig gewesen. In der Frauenbewegung, wie ich von vornherein bemerken will. Daß wir verschiedene Erfahrungen gesammelt haben, mag teils daran liegen, daß eine Frau immer besser einen Einblick in das geistige Leben der Frauen erwirbt als der Mann. Immerhin ist es auch möglich, daß persönliche Ansichten und Eigentümlichkeiten dabei eine Rolle spielen.

Die drei von Genossin Wackwitz gestellten Fragen sind meines Erachtens richtig, aber mit ihrer Beantwortung bin ich nicht ganz einverstanden. In großen und mittleren Industriestädten muß die Referentenfrage leicht gelöst werden können. Es ist hier Pflicht der Genossen, daß sie den Genossinnen mit Vorträgen und dergleichen hilfreich zur Seite stehen. Vorträge eignen sich zur Schulung der Genossinnen auch deshalb besser als Vorlesungen, weil in ihnen die Persönlichkeit mehr zum Ausdruck kommen kann, und weil sie bei einer leidlich geschickten Anordnung des Stoffes weit eindringlicher wirken als das Vorlesen. Solche Vorträge können nicht honoriert werden, und ich weiß aus Schlesien, Schleswig-Holstein und der Rheinpfalz, daß die Genossen stets gern unentgeltlich als Vortragende die Ausbildung der Genossinnen förderten. Schwieriger gestaltet sich die Abhaltung von Vorträgen in ländlichen Industrieorten, wo keine Referenten wohnhaft sind, und wo auch der bloße Zusammenhalt zwischen den Genossinnen schon schwer hält. So sehr es unser Wunsch sein muß, daß auch hier die Genossinnen systematisch geschult werden, müssen wir diese Orte doch zunächst bei diesen Ausführungen unberücksichtigt lassen. Allerdings meine ich, daß überall dort, wo die ländlichen Industrieorte in der Nähe von größeren Städten liegen, auch die Referentenfrage ohne erheblichen Kostenaufwand gelöst werden kann. Wo dies nicht der Fall ist, da müssen sich die Genossinnen behelfen, so gut es geht. An die Stelle der Belehrung durch andere muß für sie die Selbstbeschäftigung und Selbstbelehrung treten.

Die von Genossin Wackwitz vorgeschlagene Art der Unterweisung in den Bildungsabenden halte ich für bedenklich. Es ist außerst schwierig, den theoretischen Teil unseres Programms in ansprechender und so leicht verständlicher Weise zum Vortrag zu bringen, daß die von unserer Agitation erfassten Frauen den Ausführungen folgen, sie innerlich bewältigen können. Man vergesse das geistige Niveau der meisten Arbeiterfrauen nicht. Sie kennen vor allem Haushalt- und Kindererzogen. An sie müssen wir mit unseren belehrenden Betrachtungen anknüpfen, wenn wir ein klar zu erfassendes Bild von den gesellschaftlichen Zuständen und Triebkräften geben wollen. Die Parteiliteratur muß dabei zur Hilfe herangezogen werden, sei es, daß Vektüre für daheim empfohlen wird, sei es, daß bestimmte Broschüren zur Vorlesung und Erläuterung gelangen. Als geeignet zur Einführung in den Sozialismus würde ich Brackes „Nieder mit den Sozialdemokraten“ ansehen oder „Ziele und Wege der Sozialdemokratie“ von A. Bebel. Zweifellos können noch andere und bessere Vorschläge gemacht werden. Unser Parteiverlag in Berlin würde sich ein Verdienst erwerben, wenn er die erwähnten Broschüren mit zeitgemäßen Änderungen oder Anmerkungen von neuem billig verlegte. Die an einfache Gedankengänge gewöhnte Arbeiterfrau würde sich spielend in den Geist dieser vollständigen Schriften einleben. Ich sehe voraus, daß dort, wo diese Broschüren vorlesen und erläutert werden, es lundige Genossinnen sind, die das tun. Wie das Erklären kann auch gutes Vorlesen durch Übung erlernt werden. Ein Sprichwort sagt: Fleiß ist Schweiß. Wo immer ich an Frauenleseabenden teilgenommen habe, wollte meist eine Diskussion nicht so recht zustande kommen. Das erklärt sich wohl weniger

aus der Schüchternheit unserer Frauen, als daraus, daß ihnen die behandelten Gegenstände noch fremd erscheinen. Das Eis der Zurückhaltung kann nur gebrochen werden, wenn die des Diskutierens gewohnten Genossinnen durch ihr Beispiel die Ängstlichen und Unkundigen anzueifern suchen. Die Früchte werden sich bald zeigen.

Wenn ich Genossin Wackwitz recht verstanden habe, hält sie auch das Bebel'sche Buch: „Die Frau und der Sozialismus“ für geeignet, als Grundlage der Schulung der Genossinnen bei Zusammenkünften zu dienen. Ich möchte dem widersprechen. Das schöne Buch enthält schwere und leichte Partien, auch Teile, die außerordentlich der Erläuterung und Ergänzung bedürfen, wie dies in einem trefflichen Artikel der „Gleichheit“ hervorgehoben worden ist. Ganz abgesehen davon glaube ich, daß niemals in einem Frauenleseabend das Buch von Anfang bis zu Ende durchgelesen worden ist. Dazu hätte man etliche Jahre nötig, zumal wenn an vielen Stellen die erforderliche gründliche Diskussion einsehen soll. Das Herausgreifen einzelner Teile würde ich aber als eine Entweihung des schönen Werks betrachten. Auch würden sich die Genossinnen nicht daran gewöhnen, ein Buch von Anfang bis zu Ende durchzulesen und durchzudenken. Diese Gewöhnung aber erstreben wir gerade! Das Herausgreifen dieses und jenes Kapitels und das spätere Beiseitelegen des Buchs führt nur zu leicht zur Zersplitterung des Interesses, der Aufmerksamkeit. Wir müssen jedoch zur Konzentration der geistigen Kräfte erziehen. Nach guter Vorarbeit sollten meines Erachtens drei Vorträge über Bebel's Buch gehalten werden: 1. Die Frau in der Vergangenheit, 2. Die Frau in der Gegenwart, 3. Die Frau in der Zukunft. An diese Vorträge müßten sich erläuternde Diskussionen knüpfen. Vortragende darüber müßten auch für die Orte zu bekommen sein, wo sonst die Welt mit Brettern vernagelt ist.

Wenn Genossin Wackwitz weiter empfiehlt, Vorträge über Mutterschaftsversicherung, Säuglingschutz, Recht des unehelichen Kindes usw. zu halten, schließe ich mich ihrer Anregung an. Halten wir uns aber stets vor Augen, daß unsere Genossinnen das Wesen des Sozialismus kennen lernen sollen. Deshalb ist es notwendig, daß solche Vorträge die Anknüpfungspunkte bieten sollen, um die Genossinnen tiefer in die sozialistische Ideenwelt einzuführen. Die naheliegende Kritik am kapitalistischen Jammertal gibt guten Anlaß dazu. Aus dem unüberbrückbaren Gegensatz zwischen der kapitalistischen Welt mit ihren Wettelspennungen für die Massen und den sozialistischen Forderungen und Idealen erwächst der bewußte Wille, für den Sozialismus zu leben und seine Saat auszustreuen. Auf dem Wege zum Sozialismus erhebt den Frauen kein Herr der Heerscharen, der sie durch die Schrecknisse und Abgründe der kapitalistischen Gesellschaft geleitet. Ihre Stärke erwächst ihnen aus dem eigenen energiegelassen Willen, der in dem sieggeskrübten Worte seinen Ausdruck findet: Durch!

Und dann noch eins. Ich begreife es, daß die Genossinnen die Abende dadurch fesselnder gestalten wollen, daß sie dieselben mit gemütlicher Unterhaltung verknüpfen. Man halte aber darin Maß. Die gut besuchten Veranstaltungen könnten das Gegenteil von dem bewirken, was erreicht werden soll. Wenn jedoch dem belehrenden Teile des Frauenabends noch ein literarischer oder künstlerischer beigelegt wird, würde nicht bloß die Anziehungskraft, sondern auch der Wert der Veranstaltung steigen, vorausgesetzt, daß das Gebotene bildend auf Geist und Gemüt wirkt. In Breslau haben wir mit solchen Abenden gute Erfahrungen gemacht.

Für nützlich halte ich es, wenn die Genossinnen unter Mitwirkung der Genossen mindestens für ein Vierteljahr im voraus ein Programm für ihre Bildungsabende aufstellen, das streng durchgeführt wird und den Genossinnen ermöglicht, sich auf den einen oder anderen wichtigen Gegenstand vorzubereiten. Eine „programmlose“ Zeit ist von Übel, erzieht nicht, sondern führt zur Trägheit, Gleichgültigkeit und schließlich zum Verlassen der Abende, die nicht genug bieten.

L. Radlof.

Der Kampf der Frauen um Schutz für Mutter und Säugling.

Im kommenden Winter wird im Reichstag das Schicksal der „Reichsversicherungsordnung“ entschieden. Außer den allgemeinen Fragen, als das sind: Erhaltung des Selbstverwaltungsrechts der Arbeiter in den Krankenkassen, Erweiterung dieses Rechts und Übertragung auf die übrigen Versicherungszweige, Reform der Invaliden- und Unfallversicherung, sind es vor allem zwei Probleme, die das besondere Interesse der Frauen beanspruchen: die Mutterschaftsversicherung und die Witwen- und Waisenversicherung. Um die Agitation für beide Materien in den weitesten Schichten des weiblichen Proletariats zu fördern,

sind vom Parteivorstand zwei Flugblätter herausgegeben worden, die unsere Forderungen präzisieren und begründen und sie dem gegenüberstellen, was in der Regierungsvorlage geboten wird. Gleichzeitig wurde eine besondere Agitation unter den Frauen angeregt. In einer Reihe von Orten hat man dieser Anregung bereits Folge gegeben. So fanden kürzlich in Leipzig zwei stark besuchte Versammlungen statt, in denen Genossin Zieg die Frage der Mutterschaftsversicherung eingehend erörterte. Vorher war das Flugblatt verbreitet worden, das sich mit der Frage befaßt.

Im September schon hatte dieselbe Rednerin in Frankfurt am Main das Thema in einer Frauenversammlung behandelt. Der sechste Berliner Wahlkreis entfaltete Mitte Oktober eine umfassende Agitation zur Propagierung der Mutterschaftsversicherung. Das oben erwähnte Flugblatt ward zusammen mit einer Versammlungseinladung in 805 000 Exemplaren von Haus zu Haus verbreitet, und am Tage danach fanden acht große Frauenversammlungen statt, in denen die Frage der Mutterschaftsversicherung mündlich behandelt wurde. Alle Versammlungen waren sehr stark besucht, zum Teil abgesperrt. Es haben insgesamt 10 bis 12 000 Frauen an ihnen teilgenommen. Die Genossinnen Paader, Matschke, Friedländer, Wurm, Weyl, Hanna, Greifenberg und Zieg hatten die Referate übernommen. Außer unseren Forderungen an die Versicherungsgesetzgebung wurden natürlich auch jene erörtert, die wir betreffs der Arbeiterinnen- und Kinderschutzgesetzgebung stellen, sowie jene dritte Gruppe, deren Verwirklichung Aufgabe der Gemeinde ist. Weil jedoch im Moment die bevorstehende parlamentarische Verhandlung die Forderungen an die Versicherungsgesetzgebung aktueller macht, wurden diese zunächst herausgehoben und in einer Resolution zusammengefaßt, die in allen Versammlungen zur einstimmigen Annahme gelangte. Im nachstehenden bringen wir die Resolution im Wortlaut:

„Die steigende Teilnahme der Frau am Berufsleben, die durch das Ergebnis der letzten Berufs- und Gewerbezahlung wiederum klarlich beleuchtet wird, bringt schwere Gefahren mit sich für Leben und Gesundheit der Frauen und Kinder der Arbeiterklasse und des Kleinbürgertums.

Die Vereinigung von Berufs- und Hausarbeit für die Frauen zur Zeit der Mutterschaft führt häufig zu Unterleibs-erkrankungen, Erschwerung der Schwangerschaft und Entbindung, Fehl- und Frühgeburten, früher Sterblichkeit und Siechtum der Kinder.

Die soziale Not zeitigt die gleichen Erscheinungen in weiten Kreisen der unbemittelten Volksschichten, auch wenn die Frau nicht erwerbstätig, aber aus Mangel an Mitteln der Ruhe und Pflege entbehrt zur Zeit der Mutterschaft.

Im Interesse der Erhaltung von Leben und Gesundheit der Mütter und Kinder fordern deshalb die Versammelten, daß die Krankenversicherung wie folgt ausgestaltet wird:

1. Ausdehnung der Versicherungspflicht auf alle lohnarbeitenden Frauen, auch auf die landwirtschaftlichen Arbeiterinnen, Dienstmoten, Heimarbeiterinnen sowie überhaupt auf alle Frauen, deren Familieneinkommen 5000 M. nicht übersteigt.

2. Obligatorische Gewährung einer Schwangerenunterstützung im Falle der durch die Schwangerschaft verursachten Erwerbslosigkeit auf die Dauer von acht Wochen.

3. Freie obligatorische Gewährung der Hebammendienste und freie ärztliche Behandlung der Schwangerschaftsbeschwerden.

4. Ausdehnung der Wöchnerinnenunterstützung von sechs auf acht Wochen. Falls das Kind lebt und die Mutter fähig und willens ist, es selbst zu stillen, ist ein Stillgeld auf die Dauer von 20 Wochen zu gewähren in der Höhe des gesetzlichen Krankengeldes.

5. Erhöhung des Pflegegeldes an Schwangere und Wöchnerinnen für die Dauer der Schutzfrist auf die volle Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes.

6. Obligatorische Ausdehnung der unter 3 bis 5 angeführten Bestimmungen auf die weiblichen Angehörigen der Kassenmitglieder.

7. Vereinheitlichung der Krankenkassen und Sicherung des Selbstverwaltungsrechts.“

Hoffentlich folgen im Laufe des Spätherbstes und Winters die übrigen Bezirke dem Beispiel dieser Agitation. Daß die finanzschwachen Kreise die betreffenden Flugblätter auf Antrag gratis erhalten, wollen wir hiermit nochmals in Erinnerung bringen. Mit der Verbreitung des Flugblatts zu den Versammlungen erreichen die Organisationen zweierlei: die Propaganda ist eine bessere und wirkungsvollere und danach auch der Besuch der Versammlungen ein stärkerer; außerdem werden durch das Lesen des Flugblatts auch jene Frauen mit der Frage vertraut, die

aus irgendwelchen Gründen die Versammlungen nicht besuchen können. Bei unserer weiteren Agitation werden sie alsdann gleichfalls Trägerinnen unserer Forderungen. Eine Broschüre, die die Frage des Mutter- und Säuglingschutzes behandelt und das wichtigste Material zusammenfaßt, ist in Arbeit und wird in aller nächster Zeit vom Parteivorstand herausgegeben. Es versteht sich, daß die Agitation für die Mutterschaftsversicherung verbunden ward mit einer Agitation für Partei und Presse. So wurden zum Beispiel im sechsten Berliner Wahlkreis an einem Abend 350 neue Parteimitglieder und eine stattliche Anzahl Abonnenten für die „Gleichheit“ gewonnen. Auch in Leipzig traten die Frauen zahlreich der Partei bei. Und Frauen waren es, die die ganze Arbeit der Mitgliederwerbung und Abonnentensammlung schnell und sicher erledigten, in Berlin und in Leipzig. Dessen freuen wir uns besonders.

Luise Zieh.

Aus der Bewegung.

Von der Agitation. Im Wahlkreis **Saana**, und zwar in den Orten **Sanaa**, **Bockertheim** und **Förchenheim** sprach Genossin **Zetkin** über „Die Aufgaben des Proletariats angesichts der wirtschaftlichen und politischen Situation“. Von wichtigen Ergebnissen der Berufs- und Gewerbezahlung von 1907 ausgehend, gab die Referentin ein Bild der wirtschaftlichen Entwicklung, die in der Richtung zur sozialistischen Ordnung vor sich geht. Sie ging dann auf die wirtschaftlichen und politischen Kämpfe zwischen Ausbeutern und Ausgebeuteten ein, die sich mit dieser Entwicklung und den wachsenden Klassengegensätzen verschärfen. Zum Schluß begründete sie die Notwendigkeit, die Massen reif und bereit zu machen, außer den bisherigen erprobten Waffen gegebenenfalls auch die neuen Kampfmittel der Straßendemonstrationen und des Massenstreiks anzuwenden. Die glänzend beleuchteten Versammlungen waren vom Geiste prächtigster Kampfesfreudigkeit getragen und stimmten den Gedankengängen der Rednerin begeistert zu. Nach eindringlicher Begründung durch Genossin **Dihmann** gelangte überall eine Protestresolution gegen die geplante reaktionäre Ausnutzung der Moabiter Vorgänge zur Annahme. Die Versammlungen warben der Parteiorganisation neue Mitglieder und erweiterten den Leserkreis unserer Presse.

Tätigkeitsbericht der Mannheimer Genossinnen. Die Leitung unserer Frauenorganisation hat in den letzten anderthalb Jahren eine rege Tätigkeit entfaltet. Aber trotz aller Bemühungen war es nicht möglich, Fortschritte zu erzielen. An jedem Quartalschluß mußte man mit Bedauern vernehmen, daß die weiblichen Mitglieder einen Rückgang zu verzeichnen hatten. Die meisten Genossinnen begründeten ihren Austritt aus der Organisation damit, daß der Beitrag von 30 Pf. für sie zu hoch sei, da sie infolge der verteuerten Lebenshaltung mit jedem Pfennig rechnen müßten. Alles Zureden und der Hinweis, daß für diesen Beitrag noch die „Gleichheit“ geliefert würde, waren in solchen Fällen erfolglos; wiederholt wurde erklärt, es sei nicht die nötige Zeit zum Lesen vorhanden. Auf Grund dessen wurde in einer Frauenversammlung der Antrag gestellt, den Beitrag auf 15 Pf. herabzusetzen und die „Gleichheit“ im Abonnement zu liefern. Nachdem noch die Monatsversammlung des Sozialdemokratischen Vereins diesen Antrag angenommen hatte, trat die neue Beitragsform am 1. Januar 1910 in Wirksamkeit. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug zu Beginn der Berichtszeit 273, am Ende derselben 238; 165 davon sind Leserinnen der „Gleichheit“. Bei der Agitation beschränkte man sich auf die mündliche, durch Abhaltung von Versammlungen. Es fanden 17 Mitglieder- und 4 öffentliche Versammlungen statt. Für lehrreiche Themata war stets gesorgt. Genosse **Dreyfus** erläuterte in verständnisvoller Weise die Bedeutung von „Soll und Haben“. Den neuen Steuerraubzug beleuchtete Genosse **Strobel**. Einen interessanten Vortrag hielt Genosse **Dr. Frank** über „Bilder aus dem englischen Wahlkampf“. Die Genossinnen **Weißner** und **Kemmel** schilderten „Das Genossenschaftswesen“ und Genosse **Geil** behandelte das Thema „Die politischen und wirtschaftlichen Kämpfe der Frauen“. Auch die Vorsitzende Genossin **Blase** hielt zwei Vorträge über „Die Stellung der Frau im wirtschaftlichen Kampf“ und den „Weihnachtsfrieden der Arbeiterschaft“. Zweck Demonstration für die Einführung des Frauenwahlrechts in den Gemeinden wurde eine größere öffentliche Frauenversammlung abgehalten, die überfüllt und eine würdige Kundgebung für diese Forderung war. Bei dem Versuch, durch Agitation in den Vororten weibliche Mitglieder zu gewinnen, hatten wir Erfolge in **Käfertal** und **Waldhof**, wo wir jetzt eine schöne Anzahl Mitglieder haben.

Bei dem Landtagswahlkampf im Oktober 1909 hatten sich mehrere Genossinnen zur Mitarbeit bereit erklärt. In den einzelnen Lokalen

halfen sie falzen und kwertieren, Adressen schreiben, und am Wahltag selbst waren in den Wahllokalen ebenfalls Frauen mit Listen führen beschäftigt. Mit freudiger Genugtuung konnten die Genossinnen den schönen Sieg vernehmen, zu dem sie mitgeholfen hatten. Es wird stets darauf gesehen, daß zu allen Veranstaltungen weibliche Mitglieder herangezogen werden. So nahmen an den von Genossen **Merkel** abgehaltenen Lehrkursen drei Genossinnen teil. Auch ist auf den vierteljährlichen Wahlkreis-Konferenzen immer eine Genossin als Delegierte anwesend. Dem badischen Parteitag im Jahre 1909 wohnte Genossin **Blase** und 1910 die Genossin **Anna Gewehr** als Delegierte bei. In einer Versammlung wurde nach dem Referat des Genossen **Merkel** eine Kinderschuttkommission ins Leben gerufen. Es erklärten sich zu dieser Arbeit 12 Genossinnen bereit. Wie notwendig eine solche Kommission ist, bewiesen mehrere Fälle, die zugunsten der armen ausgebeuteten Kinder erledigt wurden. Im Monat September wurde die Generalversammlung der weiblichen Organisierten mit Neuwahl der Leitung abgehalten. Die bisherigen drei Beauftragten wurden wieder mit den Agitationsarbeiten betraut, und zwar Genossin **Blase** als erste Vorsitzende, Genossin **Wehner** als zweite Vorsitzende und Genossin **Gewehr** als Schriftführerin. Es wird jedoch dem Vorstand allein niemals gelingen, die Organisation auf die gewünschte Höhe zu bringen, wenn ihm nicht von Seiten der Mitglieder selbst die tatkräftigste Unterstützung zuteil wird. Deshalb ergeht der Ruf an alle Genossinnen, sich in treuer und fleißiger Arbeit zusammenzufinden, dann wird auch der Erfolg nicht ausbleiben. Vor allem könnten die Kassiererinnen und Austrägerinnen der „Gleichheit“ zur Agitation Ersprießliches beitragen. Auch die Genossinnen sollten die Frauenorganisation mehr als bisher fördern. Wir gehen ersten Zeiten entgegen und dürfen deshalb in der Aufklärungsarbeit nicht erlahmen. Viele Frauen stehen unseren Bestrebungen noch fremd gegenüber. Sie zu gewinnen, muß in Zukunft unsere Aufgabe sein. Denn ohne die Mithilfe der Frau können die Ziele der Sozialdemokratie nie verwirklicht werden.

Therese Blase.

Erste württembergische Frauenkonferenz. Am Sonntag den 9. Oktober fand in Stuttgart die erste Besprechung sozialdemokratischer Frauen Württembergs statt, und zwar in Verbindung mit der württembergischen Landesversammlung, die vom 8. bis 9. Oktober dort tagte. Außer den zur Landesversammlung delegierten Frauen waren auch die männlichen Delegierten, die sich für die Frauenagitation interessieren, zur Teilnahme an der Besprechung aufgefordert worden, und gegen 60 Genossinnen hatten dem Rufe Folge geleistet.

Genossin **Zetkin** eröffnete die Konferenz und begrüßte als Vorsitzende die Anwesenden. Genossin **Dunder** führte darauf folgendes aus: Nach dem Bericht des Landesvorstandes hat die Frauenbewegung auch in Württemberg im letzten Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht. Die Anzahl der politisch organisierten Frauen ist von 348 auf 508 gestiegen, das heißt von 1,7 auf 3,5 Prozent der Württemberger Parteigenossen; sie hat sich also in einem Jahre reichlich verdoppelt. Im Vergleich mit der Frauenbewegung im übrigen Deutschland sind wir in Schwaben freilich immer noch arg im Hintertreffen, denn dort machen die Frauen durchschnittlich 12 Prozent der politisch organisierten aus. Von den ungefähr 800 Ortsvereinen haben über die Hälfte noch keine weiblichen Mitglieder, darunter sind 12 Vereine mit mehr als 100 Männern. Nur 8 Vereine zählen über 25 Frauen zu ihren Mitgliedern. Da bleibt noch viel zu tun übrig, da muß gar manches Vorurteil überwunden werden, das auch in den Kreisen der Genossinnen gegenüber der Frauenbewegung noch besteht. Die wirtschaftliche Entwicklung macht ja vor den württembergischen Grenzpfeilern nicht Halt; auch bei uns werden immer größere Scharen von Frauen der Familie entzogen und ins Erwerbsleben geschleudert. Diese zu organisieren und zu schulen, das ist unsere Aufgabe. Bei aller prinzipiellen Betonung der Einheit der Männer- und Frauenbewegung wird es sich doch taktisch empfehlen, gesonderte Frauenzusammenkünfte neben den allgemeinen Parteiversammlungen zu veranstalten. Schon weil die Familienverhältnisse es vielen Frauen unmöglich machen, zugleich mit ihrem Manne eine Versammlung zu besuchen, vor allem aber, weil in besonderen Zusammenkünften dem Interessentkreis und dem Verständnis der Frauen mehr Rechnung getragen werden kann. Mehrere Stuttgarter Bezirke sind seit einiger Zeit dazu übergegangen, alle Monate besondere Frauenversammlungen abzuhalten, und zwar mit gutem Erfolg. Es ist durchaus nicht notwendig, daß in diesen Frauenzusammenkünften immer großartige Referate gehalten werden; sie können sich auch zu einfachen Diskussionsabenden gestalten, in denen kleinere Broschüren oder Artikel aus der „Gleichheit“ gelesen und diskutiert werden. Derartige Besprechungen wirken oft noch

weit anregender als Vorträge, weil die Teilnehmer selbsttätig werden können und müssen. Auch das Vorhandensein besonders geschulter Kräfte zur Leitung solcher Diskussionsabende ist nicht absolute Bedingung. Nur muß mit dieser Leitung eine Person betraut werden, der es Ernst ist mit ihrem Streben nach Aufklärung und die etwaige persönliche Reibereien absolut zu verhindern weiß. — Zu einer regen Frauenagitations- und Organisationsarbeit muß auch unsere Presse mithelfen, die bisher der Frauenbewegung leider noch wenig Aufmerksamkeit schenkt. Mit Gewinnung der Frauen wird unsere Partei nicht nur an Zahl größer, sie wird auch ihre Schlagkraft erhöhen. Die Genossen, die eine aufgeklärte Frau an ihrer Seite haben, werden tüchtigere Kämpfer sein als die, deren Frau ihrem Streben gleichgültig oder gar feindselig gegenübersteht; und in ihren Kindern werden unserem Geere wackere Rekruten erwachsen.

An der Diskussion beteiligten sich die Genossinnen Zetkin, Schradin-Neutlingen, Page-Stuttgart, Hiller-Heilbronn, sowie die Genossen Reichel-Zellbach, Vachenmeier-Gmünd, Duncker-Stuttgart und andere. Die Genossinnen Schradin und Page wiesen darauf hin, daß die Kommunalfragen uns Frauen viele Anknüpfungspunkte sowohl für die Agitation als auch für die praktische Arbeit darbieten. Armen- und Waisenspflege, das Schulwesen, Mutter- und Kinderschutz, das seien alles Gebiete, auf denen die Frauen sich betätigen müßten. Genossin Schradin berichtet außerdem noch über die günstigen Erfahrungen, die sie in Neutlingen mit besonderen Frauenversammlungen gemacht habe, zu denen bisher noch nicht organisierte Frauen von Genossen schriftlich eingeladen wurden. Genossin Zetkin gab in kurzen Zügen ein Bild der wirtschaftlichen Entwicklung in Württemberg, die uns die Gewinnung und Schulung der wachsenden Scharen erwerbstätiger Frauen zur Pflicht mache. Sie redete auch besonderen Veranstaltungen zur Aufklärung und Schulung der Frauen das Wort und wies darauf hin, wie die Gewerkschaften, die mit einem großen weiblichen Proletariat zu rechnen haben, so vor allem der Textilarbeiterverband, zu besonderen Veranstaltungen für die Frauenagitation übergegangen seien. Von mehreren Genossen wurde gewünscht, daß eine Frau in den Landesvorstand gewählt werden solle, die dann eine rege Frauenagitation planmäßig betreiben könne. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Der Landesvorstand wird beauftragt, Mittel und Wege zu suchen, die Frauenbewegung im Lande zu fördern und den Vorurteilen, die noch vielfach in den Reihen der Genossen der Frauenorganisation gegenüber bestehen, mit Nachdruck entgegenzutreten. Zum Zwecke intensiver und planmäßiger Arbeit unter den Frauen fordern die Unterzeichneten, daß gemäß des Organisationsstatuts der Partei eine Genossin als Beisitzerin dem Landesvorstand angehört.“

Als Beisitzerin für den Landesvorstand wurde von der Frauenkonferenz Genossin Zetkin in Vorschlag gebracht.

Die rege Teilnahme — vor allem auch der Genossen — an der Beratung, sowie der Ernst und die Sachlichkeit, mit der die Verhandlungen geführt wurden, berechneten uns zu den besten Hoffnungen für die Zukunft der württembergischen Frauenbewegung. Die Resolution, von den Genossinnen Duncker, Zetkin und Schradin vertreten, fand auf der Landesversammlung einstimmige Annahme, und Genossin Zetkin wurde als Beisitzerin in den Landesvorstand gewählt.

Nachtrag zu dem Bericht über die Frauenkonferenz des westfälischen Westfalen. Wie wir berichteten, beschäftigte sich unsere Konferenz mit der Frage, ob es zweckmäßig sei, eine eigene Frauenzeitung für unser Agitationsgebiet herauszugeben. Wir vergaßen mitzuteilen, daß sich Genossin Zieh gegen ein solches Unternehmen aussprach und ersuchte, den Beschluß hinauszuschieben, bis eine Entscheidung über das auf dem Parteitag angeregte Projekt gefallen sei, eine Modezeitung zu schaffen. Genossin Zieh empfahl, die Genossinnen auf das Abonnement der „Gleichheit“ zu verweisen.

Anna Remig.

Sophie Koenen †. Ein rascher Tod hat in Hamburg unsere Genossin Koenen von einem qualvollen, tückischen Leiden erlöst. Die Verstorbene gehörte zu der kleinen Schar von Proletarierinnen, deren Herz und Hirn sich bereits vor dem Erlaß des Ausnahmegesetzes dem Sozialismus erschlossen hatte. Daher fanden die ersten Anfänge der klassenbewußten Frauenbewegung Hamburgs in ihr eine hingebungsvolle Förderin. Als kaum einundzwanzigjähriges Dienstmädchen trat Sophie 1876 dem Verein für Arbeiterfrauen und -mädchen bei, und die sozialistischen Erkenntnisse, die sie hier erwarb, trug sie in treuer Seele. Ihre Verheiratung mit dem Genossen Heinrich Koenen, der unter dem Schandgesetz in den vordersten Reihen der sozialistischen Arbeiterbewegung kämpfte, be-

festigte und vertiefte ihre Überzeugung. So trug sie denn ohne Schwanken und Wanken alle Gefahren, Opfer und Bitternisse, welche die Härte der Zeit über die junge Familie brachte. Wie oft hat Genossin Koenen innerlich fiebernd, ängstlich gefaßt bei Hausfuchungen standgehalten, die die wirtschaftliche Existenz und das bescheidene häusliche Glück zu zerstören drohten. Gar manches liebe Mal war sie dabei, wenn es galt, die Polizei hinter's Licht zu führen. Und in ihrem Leben haben die Tage nicht gefehlt, wo es nicht bloß sparen hieß, nein verzichten und darben, weil der Kampf für das erkorene Ideal seine Anforderungen stellte. Mochte es noch so knapp in der Familie hergehen: der gehegte, bedürftige Mittkämpfer fand hier stets einen gastlichen Tisch. Es lag in der Natur der Dinge, daß auch in Hamburg die proletarische Frauenbewegung lange nach der richtigen Form tasten mußte, in der die Frauen des werktätigen Volks zusammenzuschließen waren. So entstand und verschwand in den weiter zurückliegenden Jahren manche Frauenorganisation, deren Mitbegründerin oder Mitglied Genossin Koenen war. Bei ihren Fähigkeiten wäre es ihr ein leichtes gewesen, Ehrenämter zu erhalten. Jedoch ihr Sinn stand nicht nach persönlichem Ansehen und Ruhm. Meist lehnte sie die Ehrenposten ab, um an anderer Stelle unbemerkt, aber unermüdet ihre Pflicht als Befehrerin des Sozialismus zu tun. Den Jhrigen war sie die Verkörperung von Liebe und Güte, den Freunden ein Vorbild schlichter, bescheidener Überzeugungstreue. Ihr Scheiden ist ein kaum zu überwindender Schlag für die Angehörigen, zumal für den betagten Gatten, dem die aufopferungsfreudige Gefährtin von Jahrzehnten der Arbeit und des Kampfes entrisen worden ist. Viele werden sie schmerzlich vermissen, alle, die sie kannten, ihr Bild in rühmlichem Angedenken halten.

Politische Rundschau.

Der Entwurf des Reichshaushalts für das kommende Etatsjahr 1911/12 ist veröffentlicht worden. Er erreicht die gigantische Höhe von 2 Milliarden 707 Millionen Mark. Das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben ist nicht erreicht worden trotz der neuen Steuern und trotzdem die noch gar nicht vom Reichstag bewilligte Reichswertzuwachssteuer bereits in den Etat eingestellt wurde. Um den Ausgleich herzustellen, muß noch eine Anleihe von 97 Millionen Mark aufgenommen werden. Von den Ausgaben entfällt der Löwenanteil auf Heer und Marine. An ordentlichen und einmaligen Ausgaben für den Land- und Wassermilitarismus sind 1 Milliarde 125 Millionen 473 160 Mark angesetzt. Dazu kommen die Kosten der neuen Heeresvermehrung. Die betreffende Militärvorlage tritt vorerst noch verhältnismäßig bescheiden auf. Für das Jahr 1911/12 werden 7 903 717 Mark gefordert. Indes ist diese anscheinende Bescheidenheit nur eine Maske, die die Heeresverwaltung wegen der kommenden Wahlen vorzubinden für nötig hält. Die Vorlage verlangt an Verstärkungen 107 Maschinengewehrkompanien, 1 Fußartillerieregiment, 1 Kraftfahrbataillon und 2 Luftschiffbataillone, sowie eine Heeresinspektion des Militärverlehrswesens und eine Inspektion des Militärflugschiffs- und Kraftfahrwesens. Berechnet man nun nach diesen Angaben, auf Grund der bisherigen Stärke der entsprechenden Truppenteile, die Zahl der dafür notwendigen Mannschaften und Offiziere, so kommt man auf 12 000 Mann. Es ist fesssam, daß eine solche Verstärkung nur etwa 3% Millionen Mark pro Jahr an fortlaufenden und 4 Millionen 177 056 Mark an einmaligen Ausgaben verursachen soll. Des Rätsels Lösung liegt darin, daß man wichtige Ausgaben, die die Vermehrung erfordert, auf spätere Jahre zurückgestellt hat, in denen man keine Rücksicht auf nahe Wahlen zu nehmen braucht. Diese Taktik ist nicht neu bei unserer Regierung. Schon seit Jahren übt sie das Verfahren, dem Hunde den Schwanz stückweise abzuhacken. Zunächst werden nur die Rahmen für neue Truppenteile aufgestellt. Später werden sie ausgefüllt unter dem Hinweis, daß sie zu schwach sind. Und die bürgerlichen Parteien, die einmal A gesagt haben, sagen dann auch regelmäßig B. So wird's auch diesmal gehen, das dicke Ende wird nachkommen. Wenn die Vorlage erst in vollem Umfang bekannt gegeben wird, dürfte sich das noch deutlicher als jetzt schon erkennen lassen. Die fortwährende Steigerung der Heeresausgaben wird bald für sich allein eine Milliarde ausmachen. Die Sozialdemokratie muß in ihrem Kampf gegen den Militarismus diese hinterlistige Methode, die das Volk immer stärker drückende Militärlast noch mehr zu beschweren, klar aufdecken.

In Berlin hat vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I im Kriminalgerichtsgebäude zu Moabit der sogenannte Moabiter Krawallprozeß begonnen. Eine Schwurgerichtsverhandlung soll folgen. Schon lange vor Beginn ist dem Prozeß unauslöschlich

das Brandmal eines politischen Tendenzprozesses aufgedrückt worden. Der Prozeß soll nicht nur die Bestrafung der Angeklagten herbeiführen, sondern zugleich auch Waffen gegen die Arbeiterbewegung, Material für eine neue Zuchthausvorlage oder ein neues Sozialistengesetz liefern. Die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft liest sich wie ein Flugblatt des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie oder wie eine Rundgebung einer Scharfmacherorganisation gegen Streikende. Der Widerstand der Firma Kupfer & Co. gegen die Forderungen der Kohlenarbeiter, ja selbst gegen Verhandlungen vor unparteiischen Instanzen wird in der entschiedensten Weise für gerechtfertigt erklärt — ein Arbeitgeberverband hätte es nicht besser machen können. — Und schließlich behauptet die Anklageschrift, verschiedene Momente sprächen dafür, daß es sich um einen planmäßig organisierten Aufruhr handelte — leider kann das noch nicht ganz zweifelsfrei erwiesen werden. Aber um so klarer ist es für die Staatsanwaltschaft, daß nur durch die jahrelange systematische sozialdemokratische Verhöhnung die Masse zur „Niederknüppelung der Arbeitswilligen“ und zur Entladung ihres „Hasses“ gegen die Arbeitswilligen gereizt worden ist. Sozialdemokratie und Gewerkschaften tragen wegen ihrer Heße gegen Arbeitswillige und Polizei die moralische Schuld an den Vorgängen in Moabit. Der „Vorwärts“ aber soll durch die fanatische Verfolgung von allem, was mit der Kirche und ihren Einrichtungen zusammenhängt, die Erbitterung geschaffen haben, die in einem Angriff einiger Tumultuanten gegen einen Pfarrer und gegen eine Kirche zum Ausbruch kam.

Damit hatte die Staatsanwaltschaft aber noch nicht genug für die Scharfmacherzunft und die Junkerschaft getan, die eine Wahlsparole aus diesem Prozeß schmieden möchten, die den Spießbürger auf die Beine bringt zur Rettung von Thron, Altar und Geldsack. Sie tat noch ein übriges. Durch ein verzwicktes, dem Geiste und den Paragraphen der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes widersprechendes Verfahren umging sie die Bestimmung, daß niemand seinem gesetzlichen Richter entzogen werden darf. Sie brachte den Miesenprozeß — 35 Personen sind angeklagt — vor die Strafkammer des Berliner Landgerichts I. Diese Strafkammer ist durch ihre drakonische Strenge und durch ihre „Zuverlässigkeit“ in politischer Hinsicht die Erbfin der berühmtesten Brausewetterkammer der neunziger Jahre geworden. Der Vorsitzende der Kammer ist der Landgerichtsdirektor Lieber. Das Verfahren nahm seinen Anfang am 9. November, und die Verteidigung eröffnete es sofort mit einem hartnäckigen Kampfe um den gesetzlichen Richter, der schließlich bis zur Ablehnung des Gerichts wegen Befangenheit führte. Am Sonnabend den 12. November mußte die Verhandlung wegen Erkrankung eines Richters von neuem begonnen werden, und wieder nahm die Verteidigung denselben Kampf auf, allerdings ohne Aussicht auf unmittelbaren Erfolg. Denn die Beschlusskammer des Landgerichts hat den Kollegen von der Lieberkammer bereits im ersten Falle bestätigt, daß sie durchaus unbefangen seien. Und das trotz der Tatsache, daß die Staatsanwaltschaft darauf verweisen ist, die Sache dem zuständigen Richter zu entziehen und vor einen zuverlässigen Richter zu bringen, und trotz der blutigen Härte, mit der der Gerichtshof die Untersuchungshaft verhängt und sogar auf Angeklagte ausgedehnt hat, die wegen der ihnen zur Last gelegten Straftat zu nicht mehr als drei Monaten Gefängnis verurteilt werden können. Die Staatsanwaltschaft hat erklärt, daß sie gar nicht die Absicht gehabt habe, den Prozeß der Lieberkammer zuzuschaukeln, und die Beschlusskammer glaubt ihr das ohne weiteres. Die Öffentlichkeit dürfte solch starken Glauben nicht aufbringen, und die Verteidigung hat am Sonnabend den Vertreter der Anklage trocken erklärt, ihre eifrigen Verteuerungen, daß sie gar nicht daran gedacht haben, sich zuverlässige Richter auszuwählen, könnten die Verteidiger nicht im mindesten überzeugen. Die Staatsanwaltschaft kam durch diese immer erneuten Vorstöße der Verteidigung in eine schlimme Lage, und wenn es auch nicht gelingen wird, die Angeklagten vor andere Richter zu bringen, so haben doch die Verteidiger durch ihr Vorgehen den Prozeß von vornherein in einer Weise gekennzeichnet, die es den Reaktionen sehr erleichtert wird, mit ihm treiben zu gehen.

Wie es übrigens mit dem Anklagematerial aussieht, das sei an einem einzigen Falle gezeigt, der auch die Gleichheit vor dem Gesetz, beziehungsweise vor der Justiz in Preußen grell beleuchtet. In den Sitzungen vom Mittwoch und Donnerstag erlitt die Angeklagte Frau Reinhardt mehrere Ohnmachtsanfälle und Herz- und Weinkrämpfe. Ein Arzt war nicht zugegen, obgleich die Frau eine Leidende ist, obgleich sie die sechs Wochen ihrer Untersuchungshaft im Lazarett des Gefängnisses verbracht hat. Die Unglückliche mußte sich mit der unzulänglichen Hilfe der Gerichtsdiener begnügen — am ersten Tage kam endlich nach langem Warten ein Gerichtsarzt

auf einige Minuten, am Donnerstag war er bis zum Schlusse der Verhandlung noch nicht erschienen. Die Frau Reinhardt ist eben eine Proletarierin, die sich nicht wie der Fürst Eulenburg und die Frau v. Schönebeck-Weber einen Stab von Ärzten mit in den Gerichtssaal nehmen kann, und von Gerichts wegen wurde ihr kein ärztlicher Beistand während der Verhandlungen gestellt, der für die beiden obengenannten Angeklagten in überreichlichem Maße vorhanden war. Die Frau Reinhardt wurde — obgleich sie verheiratet ist und zwei Kinder im Alter von acht und zwei Jahren hat — für fluchtverdächtig gehalten, weil sie angeblich eine hohe Strafe zu gewärtigen habe. Sie soll nämlich eine brennende Petroleumlampe auf eine Schar von Schutzleuten geschleudert haben — sie ist die fürchterliche „Petroleuse“, mit der die Ordnungspresse die guten Bürger in Schrecken gesetzt hat. Sie selbst versichert, daß sie die Lampe fallen ließ, als sie vor Schrecken über das Eindringen der Schutzmannschaft in ihre Wohnung eine Ohnmacht erlitt. Das klingt mehr als glaubhaft angesichts des Gesundheitszustandes der Frau. Aber die Anklagebehörde versteifte sich darauf, in ihr eine ganz gefährliche Petroleuse zu sehen, und erklärte sie auf Grund der sachverständigen Gutachten der Polizisten für eine Simulantin. Endlich, am Sonnabend, ist die Staatsanwaltschaft zu der Einsicht gekommen, daß die unglückliche Kranke die anstrengende Verhandlung, die drei bis vier Wochen dauern dürfte, nicht auszuhalten vermag und daß sie in ihrem Zustand nicht fliehen können. So wurde die Frau endlich aus der Haft entlassen — auf Gründe hin, die, wie ihr Verteidiger bitter bemerkte, schon am ersten Tage ihrer Inhaftierung bestanden!

Die Ausschlichtung der Moabiter Vorgänge gegen die Arbeiterbewegung dürfte den Reaktionen durch den Verlauf des Prozesses eher versalzen denn erleichtert werden. Sie haben auch sonst kein Glück. Kleine Zusammenstöße, die im Norden Berlins am Wedding anlässlich eines partiellen Fleischerstreiks vorliefen, suchte die Scharfmacherpresse zu einer neuen Moabiter „Revolution“ umzulügen — der Schwindel brach alsbald kläglich zusammen.

Die Regierungen Badens, Elsaß-Lothringens, Württembergs und Bayerns haben sich genötigt gesehen, da die Fleischsteuerung ihnen zu brezlig wird, die Grenzen für die Vieheinfuhr wenigstens ein ganz klein wenig zu öffnen — Preußen und seine Trabanten aber verharren nach wie vor in Unidiotie.

Ein erfreuliches Resultat hat der Schnapsboykott gehabt. Der Schnapsverbrauch ist etwa um ein Viertel zurückgegangen, es sind rund 500 000 Hektoliter Schnaps weniger getrunken worden als vor dem Boykott. Wenn auch die Verteuerung des Schnapses durch die neue Steuer und die Not der Zeit zu diesem Ergebnis mit beigetragen haben, so ist doch sicherlich der Rückgang zu einem erheblichen Teil dem Boykott zu verdanken. Die Liebesgabe der Junker ist durch diesen Konsumrückgang in Gefahr geraten, weil diese Liebesgabe nur dann sich einstellt, wenn der Verbrauch an Branntwein größer ist als das Kontingent, das heißt die bevorrechtete Menge des Branntweins, von der 20 Mk. weniger Steuer gezahlt wird, die aber zu demselben Preise verkauft wird wie der um 20 Mk. höher besteuerte Schnaps. Der Kontingentbranntwein aber ist vornehmlich auf die Brennereien der Junker im Osten verteilt, die von der bei dem früheren Konsum sich auf 45 Millionen Mark belaufenden Liebesgabe den Löwenanteil erhalten. Der Bundesrat hat nun schleunigst, um den Junkern wenigstens etwas zu retten, das Kontingent herabgesetzt; dadurch wurde aber immerhin die Liebesgabe an die Junker um jährlich 10 Millionen Mark ver. urzt. Dieser Erfolg muß die Arbeiterschaft aneifern, dem Boykott immer weitere Ausdehnung zu verschaffen.

In Frankreich ist es gekommen, wie wir es in der vorigen Rundschau als wahrscheinlich annahmen. Briand hat trotz seiner Staatsstreichdrohung die Mehrheit in der Kammer erhalten, nur ein kleiner Teil der Radikalen trat auf die Seite der gegen ihn kämpfenden Sozialisten. Herr Briand bleibt weiter am Ruder. Weil er am unbedenklichsten in der Wahl seiner Mittel ist, gilt er der Bourgeoisie zurzeit als der starke Mann, der den Umsturz am besten zu bändigen vermag. Selbst die sozialistischen Renegaten Millerand und Viviani halten es für besser, aus der Gemeinschaft mit Briand auszutreten, da er nun an die Erdrosselung des Koalitionsrechtes der Eisenbahner gehen will. Aber Briand erseht sie durch Bürgerliche und behält die Mehrheit der Kammer.

In der Schweiz hat die Forderung der Proportionalwahl zum Nationalrat einen großen Fortschritt gemacht. In der Volksabstimmung unterlag sie zwar noch mit 238 928 Stimmen gegen 262 066 — gegen frühere Abstimmungen bedeutet das jedoch eine so gewaltige Vermehrung der Anhänger des Proporz, daß ihr naher Sieg in Aussicht steht.

Die ersten drei Sozialisten sind bei den Kongresswahlen in den Vereinigten Staaten von Nordamerika in das Bundesparlament eingezogen. Außerdem wurden Erfolge bei den Wahlen zu den Parlamenten der Einzelstaaten erzielt. Auch in Amerika schreitet endlich der Sozialismus vorwärts.

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Sind die Gewerkschaften politische Vereine? Eine juristische Preisfrage das. Bei der jetzigen besonders starken reaktionären Strömung, bei dem immer offener zutage tretenden Hass gegen die politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen entscheiden die Gerichte die Frage meist in bejahendem Sinne. Viele unserer Zentralverbände sind schon gerichtlich auf Herz und Nieren geprüft worden, ob sie nicht doch politisch seien. So vor einiger Zeit der Lösserverband. Nun wird bekannt, daß eine Zahlstelle des Malerverbandes und eine des Bergarbeiterverbandes auf Grund ihrer „politischen“ Tätigkeit mit Strafmandaten bedacht worden sind. Sie hatten die Mitgliederlisten bei der Polizeibehörde nicht eingeliefert! In beiden Fällen wurde gerichtliche Entscheidung beantragt. Dem Zweigverein Thorn des Malerverbandes hat vor Gericht ein ganzer Stab höherer Polizeibeamter „nachgewiesen“, daß er sich mit politischen Dingen beschäftige, daß auswärtige Referenten politische Fragen erörtert hätten und dergleichen mehr. In der Folge hat auch das Gericht diesen Verband als einen politischen angesehen. In betreff der Zahlstelle des Bergarbeiterverbandes kam es zu keiner klaren Entscheidung. Es ist aber bezeichnend, daß die Staatsanwaltschaft gegen die ersten gerichtlichen Freisprechungen Berufung einlegte. Wichtiger als das jedoch ist ein Umstand. Auch das Landgericht erblickte in den Knappschäftsältestenwahlen, in der Frage der Sicherheitsmänner und der Grubenkontrollen „politische“ Angelegenheiten. Nicht die Höhe der Strafe — denn die kann nur sehr gering sein — ist bei diesem Vorgehen gegen die Gewerkschaften von Bedeutung, sondern die Tendenz in der Auffassung der Richter. Mit welchen Fragen soll sich eine Gewerkschaft befassen, um nicht als politischer Verein zu gelten? Die weltbewegenden Fragen, die in Lotteriekübeln oder gar in studentischen Saufvereinen behandelt werden, haben ja wohl für Gewerkschaftsmitglieder keinen Wert. Wenn die Erörterung von Fragen, die mit dem Berufsleben der Bergleute so innig verknüpft sind, wie die Wahlen der Sicherheitsmänner, dem Bergarbeiterverband als politische Handlung angerechnet werden, so verbleibt den Gewerkschaftsverbänden überhaupt kein Raum mehr für eine unpolitische Betätigung. Das Vorgehen der Polizei und der Gerichte zeigt wieder, welcher Wert einer Erklärung der Reichsregierung über die Handhabung und Auslegung der Gesetze beizumessen ist. Als uns seinerzeit das „liberale“ Reichsvereinsgesetz beschert wurde und unsere Vertreter im Reichstag seine verschiedenen „Schönheitsfehler“ scharf kritisierten, wurde vom Regierungstisch aus feierlich erklärt, daß die Bestimmungen die politischen Vereine betreffend keineswegs Anwendung auf die Gewerkschaften finden sollten. Die Klassenbewußten Arbeiter haben natürlich keinen Augenblick vergessen, daß dieses Versprechen auch nicht einen Pfifferling wert war. Sie sind gewichtig durch die Praxis der deutschen Behörden und Richter, durch das Messen mit zweierlei Maß nach dem obersten Grundsatz: Wenn zwei dasselbe tun, so ist es nicht dasselbe. Aber das erwähnte Versprechen gab den bürgerlich-liberalen Parteien — Fortschritt und Zentrum inbegriffen — den heiß ersehnten Vorwand, Gläubigen an den „liberalen Geist“ des Reichsvereinsgesetzes heucheln und die Verbesserungsanträge der Sozialdemokratie niederstimmen zu können. Und die Arbeiter, die noch am Gängelband dieser Parteien laufen, fielen auf den Schwindel von der „liberalen Ara“ und ihrer vollsaftigen Frucht herein. Die Entwicklung der Dinge hat seither ihre naiven Hoffnungen aufs grausamste zerstört, und es dient nur ihrer Aufklärung, wenn das durch eine wiederholte Abrechnung mit der Praxis des zweierlei Rechtes im Reichstag vor der breitesten Öffentlichkeit festgesetzt wird. Die Gewitterstimmung der Lage kommt auch zum Ausdruck in dem Strafprozeß gegen die Noabiter „Auführer“, über den an anderer Stelle dieser Nummer berichtet wird.

Im Schuhmachergewerbe rückt eine Generalausperrung immer drohender heran. In Pirmasens gilt es den Neunfundentag zu erringen. Hier, in der Metropole dieser Industrie, hat sich reichlicher Konfliktstoff aufgehäuft. Besonders scharf zugespitzt haben sich die Dinge in Dresden. Dort streikten seit einigen Wochen die Arbeiter und Arbeiterinnen bei zehn Schuhwarenfabrikanten, die dem Unternehmerverband angehören. Sie verlangen eine geringe Lohnerhöhung. Die Unternehmer stellten

ihnen das Ultimatum, die Arbeit bedingungslos wieder aufzunehmen. Da das nicht geschah, hat die Ortsgruppe Dresden des Unternehmerverbandes bei der Zentralleitung den Antrag eingereicht, die Aussperrung über die Schuharbeiterschaft von ganz Deutschland zu verhängen. Eine Delegiertenversammlung der organisierten Schuhfabrikanten soll darüber Beschluß fassen. Die kleinen Scharfmacher meinen, den großen nachhassen zu müssen. Doch sie haben nicht entfernt die Macht dazu. Selbst wenn alle Fabrikanten aussperrten, die dem Unternehmerverband angehören, würden immer erst 50 Prozent der im Schuhgewerbe Beschäftigten von der Maßregel betroffen werden. Aber auch nicht einmal so große Kreise würde die Aussperrung ziehen. Der Schuhmacherverband mit seinen 36000 Mitgliedern und seinen guten Klassenverhältnissen kann den Scharfmacherplänchen ruhig entgegensehen.

Der Streik der Wäschearbeiterinnen in Bielefeld dauert unverändert fort. Neuerdings versuchen die Unternehmer ihre Austräge in Berlin ausführen zu lassen. Die Absicht dürfte ihnen aber kaum gelingen.

Auch der Kampf in den Geschäftsbücher- und Kartonnagefabriken in Hannover steht noch auf dem gleichen Fleck. Die 1000 Streikenden, von denen über die Hälfte Frauen sind, harren unerschütterlich aus; den Unternehmern gelingt es nicht, Streikbrecher von auswärts zu bekommen. — Ein Ausstand ist in den Kartonnagefabriken in Frankfurt a. M. in Sicht.

In den Pforzheimer Bijouteriefabriken ist die Aussperrung der Arbeiterschaft angekündigt. Die Maßregel würde zahlreiche Arbeiterinnen treffen, da in der betreffenden Industrie die Frauennarbeit eine sehr große Rolle spielt. Die Unternehmer haben bereits den Anfang mit dem Aussperrern gemacht und sämtlichen organisierten Arbeitern gekündigt. Es soll sich um zirka 6000 Arbeiter handeln. Ihnen sollen später die übrigen Arbeiter und Arbeiterinnen folgen. Die Unternehmer wollen einen sogenannten Arbeitswilligenfonds gründen zur Unterstützung der Streikbrecher.

Im Bergbau kriselt es wegen der Sicherheitsmänner. Auf einer ihrer Konferenzen haben die Vorgesetzten die Institution der Grubenkontrolle durch die Sicherheitsmänner als harmlose „weiße Salbe“ bezeichnet. Aber da die Grubenproletarier auch aus dieser sehr unvollkommenen Einrichtung an Nutzen herauszuschlagen suchen, was sie herauszuschlagen können, soll dem ein Riegel vorgeschoben werden. Es kommt, wie es kommen mußte. Wozu auch hätten die Berggewaltigen die Hungerpeitsche in der Hand? Die Grubendirektionen entlassen diejenigen Sicherheitsmänner, die die Grubenkontrolle ernst nehmen. Eine Bergarbeiterversammlung im Ruhrrevier nahm bereits dazu Stellung und beschloß, gegen dergleichen Maßregelungen alle gesetzlich zulässigen Mittel in Anwendung zu bringen.

„Arbeitswilligenprämien“ haben die süddeutschen Textilindustriellen als neueste Kampfmittel gegen die Streiks eingeführt. In Hof streikten bei einer Firma die Textilarbeiter schon zehn Wochen für die Anerkennung der Organisation. Der Verband der Unternehmer erklärte diesen Streik selbstverständlich für ungerechtfertigt und beschloß zugleich, jedem der zweihundert Arbeitswilligen 10 M. als Judaslohn zu zahlen. Die Streikbrecher haben öffentlich für diese Gnade — die Gnade von modernen Sklavenhaltern — gedankt. Die Textilbarone können sich den Späß der Ausgabe leisten, denn bei den gezahlten Hungerlöhnen und dem reichen Dividendensiegen fällt das Sämmchen schon noch ab. Allerdings hätten sie auch diese Aufwendung sparen können. Tief gewurzelter Knechtsinn läßt Arbeitswillige auch ohne besondere Belohnung Verräterdienste gegen die proletarischen Brüder verrichten. #

Tarifabschluß in den Schmöllner Knopffabriken. Was wir in der letzten Nummer nur als Hoffnung auszusprechen wagten, ist inzwischen Tatsache geworden: die Arbeiterinnen und Arbeiter der Steinnuß- und Hornknopffabriken in Schmölln, Sachsen-Altenburg, haben einen bemerkenswerten Erfolg in ihrer Lohnbewegung erzielt, ohne daß es erst zu einem allgemeinen Kampfe gekommen wäre. Die Stärke der Organisation und das geschlossene Auftreten der Arbeiterschaft haben ihre Wirkung auf die Unternehmer ausgeübt. Erreicht wurde in erster Linie eine Verkürzung der Arbeitszeit um $\frac{1}{4}$ Stunden pro Woche und eine Vereinfachung der Lohnhöhe. Die Löhne werden derart verbessert, daß auf die niedersten Sätze die höchsten Zulagen kommen. Die Branchen, die bisher zu Löhnen unter dem Einheitsstaris arbeiteten, und ihnen gehörte das Gros der Arbeiterschaft an, erreichten eine durchschnittliche Erhöhung des Verdienstes um $7\frac{1}{2}$ Prozent. Das von den Arbeitern so lästig empfundene Kaufen des Dis für die Arbeit bei Licht wird abgelöst. Die Akkordarbeiterinnen bekommen in Zukunft, wenn sie sich an Reinigungsarbeiten beteiligen müssen, pro Stunde 20 Pf. Entschädigung, während sie bisher diese Arbeiten

unentgeltlich zu verrichten hatten. Für das Verpacken wird pro Stunde 5 Pf. mehr gezahlt als seither. Die Lohnzahlung ist von Sonnabend auf Freitag verlegt worden. Die Hornknopffabrik Riedemann, deren Arbeiter bereits in Streik getreten waren, hat außer den sonstigen Zugeständnissen die schlechteren Akkordpositionen ganz erheblich aufgebessert; insolgedessen wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Nicht alles haben die Knopfsarbeiter erreicht, was sie forderten. So zeigten die Fabrikanten wenig Entgegenkommen bei der Aufbesserung der Löhne für Überstunden. Trotzdem ist der erzielte Fortschritt bedeutungsvoll. Vor allem zeigt er, was ein geschlossenes Vorgehen zu bewirken vermag. Insbesondere die Arbeiterinnen wird der erfolgreiche Ausgang der Bewegung anfeuern, die noch fernstehenden Arbeitsgenossinnen für die Organisation zu gewinnen. Auf einen Hieb fällt kein Baum! Hk.

Genossenschaftliche Rundschau.

Die beiden sächsischen Großstädte Dresden und Leipzig nehmen in der modernen Konsumvereinsbewegung Deutschlands eine hervorragende Stellung ein. Hier sind die Ausgangspunkte einer proletarischen Konsumvereinsbewegung mit neuzeitlichen Grundsätzen und sozialen Zielen in Deutschland. Von hier aus verbreiteten sich wichtige Anregungen, und hier wurde von Anfang an energisch der Charakter der Konsumvereine als einer sozialen Bewegung betont.

Der Leipzig-Plagwitzer Verein ist nach der Mitgliederzahl — weit über 40 000 — der viertgrößte der Welt, und mit seiner Eigenproduktion steht er sogar an erster Stelle. Die Zentralisation der Mitglieder eines großen Gebiets ist mit der Zeit fast restlos durchgeführt worden, indem die kleineren Vereine in und um Leipzig in den größten aufgingen. In Dresden hat man den großzügigen Plan ins Auge gefaßt, alle Konsumvereine von Dresden und den nächsten Vororten zu verschmelzen. Im Stadtgebiet selbst bestehen zurzeit vier Vereine, von denen der Vorwärts mit 28 000 Mitgliedern der größte ist. Vor etwa einem Vierteljahrhundert gegründet, sind alle vier Vereine jetzt leistungsfähige Millionenunternehmen. Heute würde man natürlich nicht vier, sondern nur einen Verein gründen. Damals aber lagen die lokalen Verhältnisse noch ganz anders. Aus durch weite Freizeiträume getrennten, kommerziell wenig verbundenen Gemeinden hat sich ein großes einheitliches wirtschafts- und kommunalpolitisches Gebiet entwickelt. Dementsprechend drängte sich mit der Zeit immer mehr die Notwendigkeit auf, aus dem Dresdener Konsumverein eine organische Einheit zu bilden. Jahrelang ist der Plan erörtert worden, nun scheint er zur Verwirklichung reif. Das Dresdener Gewerkschaftskartell und die Parteiorganisationen nahmen die Sache in die Hand, und die Verwaltungen der Konsumvereine haben bei einer gemeinsamen Versammlung im wesentlichen ihre Zustimmung gegeben. Schon das Ab- und Zutreten der Arbeiter aus den einen Bezirken des Stadtgebiets in die anderen nötigt zu einer Zentralisierung. Mit der Verschmelzung der Vereine, zu denen noch einige Vorortvereine kommen, sollen zugleich etwa notwendige Reformen in der Verwaltung und Ausgestaltung der Tätigkeit der Genossenschaft durchgeführt werden. Wenn nicht unerwartete Hindernisse eintreten, dürfte in drei bis vier Jahren die ganze Aktion durchgeführt sein; die sechs für die Vereinigung in Betracht kommenden Vereine zählten am Schlusse des letzten Geschäftsjahrs insgesamt circa 55 000 Mitglieder und hatten einen Umsatz von etwa 19 Millionen Mark. Diese zwei Zahlen zeigen zur Genüge, daß die Dresdener Arbeiterschaft ein Riesenspektakel ausführen will.

Unter dem Titel: Die deutschen Arbeiterkonsumvereine hat Genosse Paul Göhre im Verlag des Vorwärts ein 655 Seiten starkes Buch herausgegeben. Der Verfasser geht auf die wichtigsten Probleme der Entwicklung der Konsumvereine in Deutschland ein, erörtert ihre Aufgaben und Ziele nach sozialistischen Gesichtspunkten und zieht auch scharf die Grenzlinie zwischen bürgerlicher und proletarischer Genossenschaftspolitik. Er weist nach, wie von Grund aus verschieden die Auffassungen auf proletarischer und bürgerlicher Seite sind, und daß die deutsche Konsumvereinsbewegung und -organisation immer proletarisch gewesen ist. Auch auf die Neutralitätsfrage geht Göhre an mehreren Stellen näher ein; dabei weist er entschieden die bisher von der Leitung des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine beobachtete Überneutralität zurück und tritt ein für eine engere Fühlung mit der modernen Arbeiterbewegung im Sinne der Kopenhagener und Magdeburger Resolution. Den größten Raum des Buches nimmt jedoch die Darstellung der Entwicklung der Konsumvereine in Leipzig, Berlin und Hamburg ein. An vier verschiedenen Typen untersucht Göhre Erfolge und Mißerfolge, Fortschritte, kleinere und systematische

Fehler usw. der Bewegung und deckt damit zugleich ihren wesentlichen inneren Zusammenhang mit der modernen Arbeiterbewegung auf. Dieser Teil des Buches liest sich gerade leicht, da der Verfasser bis ins kleinste eingeht. Aber wertvoll ist das Buch als Sammlung von Material zur Beurteilung der Bewegung für jeden, der auf diesem Gebiet fremd ist und sich darüber orientieren will.

Auf dem Magdeburger Parteitag hob der Referent über die Genossenschaftsfrage besonders hervor, daß die bürgerlichen Parteien den Konsumvereinen fast alle mehr oder minder feindlich gegenüberstehen. Eine schöne Illustration dazu lieferte der nationalliberale Parteitag in Kassel. Die nationalliberale Partei dürfte eigentlich auf Grund ihrer rein kapitalistischen Auffassung des Wirtschaftslebens den Konsumvereinen nicht entgegen treten, weil diese ein höher organisiertes Element in jenem bilden. Aber Konsequenz darf man von dieser Partei nicht erwarten. So weit die Nationalliberalen nicht Gleichgültigkeit oder Laue und sehr verdächtige Freundschaft heucheln, treten sie als offene Feinde der Konsumvereine auf. So geschah es auch in Kassel wieder. Ein Herr Dr. Schröder führte dort aus, in Großstädten scheine ihm ein Bedürfnis für Beamtenkonsumvereine nirgends vorzuliegen. Er könne es nicht verstehen, daß gut besoldete mittlere und obere Beamte in Konsumvereinen laufen, er meine, daß sei eine Frage des Taltes. Noch gefährlicher seien die Arbeiterkonsumvereine, weil sie den politischen Zwecken der Sozialdemokratie dienlich seien. Das sind genau dieselben Redensarten, mit denen die rückständigsten Mittelständler haufieren gehen. Es liegt aber Methode darin. Die Liberalen machen ja das Wettrennen um die Gunst, das heißt um die Stimmen der Mittelständler mit. Dabei muß ihnen alles zum Besten dienen, auch das Schimpfen auf die Konsumvereine. Der liberale Hanfabund hat sich ja ebenfalls wiederholt in gleichem Sinne ausgesprochen. Selbst den Beamtenkonsumvereinen wird die Berechtigung aberkannt. Beim Stimmengang bringt man gern ein Opfer des Intellektes.

Über das Genossenschaftswesen in Japan wurden vor kurzem im Internationalen Genossenschaftsbulletin folgende Mitteilungen gemacht: Ende 1900 gab es in Japan 21 Genossenschaften auf Grund des neuen Gesetzes, wovon 13 Kreditgenossenschaften waren. Ende Juni 1900 gab es bereits 5149 Genossenschaften, darunter 1864 Kreditgenossenschaften. 194 Genossenschaften verfolgten alle ihnen durch das Gesetz erlaubten Zwecke. 744 waren reine Produktivgenossenschaften, während der Rest mehrere Betriebe in sich vereinigte. 1903 zählten 571 Genossenschaften 45 131 Mitglieder, 1907 befaßen 1623 Genossenschaften 151 123 Mitglieder. Der durchschnittliche Mitgliederbestand ist von 79 im Jahre 1903 auf 93 im Jahre 1907 gestiegen. Das eingezahlte Anteilskapital betrug Ende 1907 für eine Genossenschaft im Durchschnitt 2970 Mk. oder pro Mitglied 81 Mk. Der Reservefonds pro Genossenschaft 600 Mk., pro Mitglied 8 Mk., die Anteile 4800 Mk. beziehungsweise 50 Mk., die Spareinlagen 3050 Mk. beziehungsweise 31 Mk. Von den 151 123 Mitgliedern der 1623 Genossenschaften, die 1907 von der Statistik erfaßt wurden, waren 121 136 oder 80,2 Prozent in der Landwirtschaft tätig, 10 475 oder 6,9 Prozent waren Händler, 4,7 Prozent Handwerker beziehungsweise Industriearbeiter, 3028 oder 2 Prozent Fischer. H. F.

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Fortschritte der Dienstbotenorganisation in Halle a. S. Die Dienstbotenorganisation macht hier unerwartet gute Fortschritte. Vor vier Monaten wurde sie ins Leben gerufen und zählt jetzt schon 150 Mitglieder. In dieser Zeit sind nur drei Mitglieder ausgetreten und vier nach auswärts verzogen. Dieses schöne Ergebnis ist den Genossinnen zu verdanken, die sich an der schwierigen Organisationsarbeit mit unermüdlichem Eifer beteiligt haben.

Unser Verband ist für die Mädchen eine moralische und materielle Stütze und ersetzt ihnen das Elternhaus. Wir stehen ihnen nicht nur in jeder Weise und jeder Zeit mit Ratschlägen zur Seite, sondern wir greifen auch selbst ein, wo es not tut. In der kurzen Zeit des Bestehens der Organisation haben wir bereits vier Mädchen von ihren Quälern befreit und in neue und gute Stellen gebracht, in denen sie jetzt ihre Arbeit mit Freuden verrichten. In vielen anderen Fällen haben wir energisch die bedrohten Interessen der Mädchen geschützt. Ferner haben wir uns ihre geistige Weiterbildung angelegen sein lassen und ihnen für die Volksvorstellungen den Bezug der Vorzugsarten vermittelt.

Unsere Tätigkeit baut sich auf einen bestimmten Plan auf, den wir bis jetzt mit Erfolg durchgeführt haben. Jeden Monat wird eine Versammlung und eine Vergnügung abgehalten. Für jeden Mittwochabend sind Arbeitsstunden angelegt. In diesen Stunden haben die Mädchen Gelegenheit, ihre Kleider und Wäsche auszubessern. Dabei gehen ihnen zwei Schneiderinnen mit Anleitungen zur Hand. Zugleich liest eine der Teilnehmerinnen aus einem guten Buche oder einer Zeitung vor. In diesen Arbeitsstunden fühlen sich die Mädchen am wohlsten. Die Beteiligung daran ist fast ebenso groß wie bei den Versammlungen. Doch daß die Nebensachen nicht zum Hauptinhalt der Bewegung werden, dafür sorgen die monatlichen Versammlungen mit Vorträgen und Diskussion über die soziale und berufliche Lage der Dienstboten. Referate wurden bis jetzt gehalten von den Arbeitersekretären Klees und Gildenberg, den Genossinnen Vaar, Wackwitz und der Unterzeichneten. Besonders erfreulich ist, daß sich die Mitglieder rasch und gern daran gewöhnt haben, an der Agitationsarbeit tatkräftig Anteil zu nehmen. So laden wir jetzt zu den Versammlungen öffentlich nur noch bei besonderen Anlässen ein. In allen anderen Fällen besorgen die Mädchen die notwendigen Vorarbeiten selbst, und ihnen zum Lobe sei konstatiert, daß sie sich unaufgefordert zur Flugblatt- und Handzettelverteilung einfinden. Eine freudige Abwechslung in das an Annehmlichkeiten nicht gerade reiche Dienstbotendasein bringen die Vergnügungen, die für die Mitglieder gänzlich kostenlos sind und an denen sich Angehörige anderer Gewerkschaften, Gäste und sonstige Freunde der Sache in überraschend großer Zahl zu beteiligen pflegen. Diesem Umstand vor allem verdanken wir es, daß die Vergnügungen stets mit ansehnlichen Überschüssen abschlossen, die dann den Bedürfnissen der Agitation nutzbar gemacht wurden. Die bedeutsamste Errungenschaft unserer Arbeit ist aber wohl die Einrichtung eines Sekretariats und die Anstellung einer Beamtin. Diese Beamtin versteht die Stellenvermittlung, die in kurzer Zeit einen großen Aufschwung genommen hat, und erledigt die laufenden Verbandsarbeiten. Dadurch konnten die Genossinnen, die bis jetzt die Hauptarbeit hatten, entlastet werden. Als Sekretärin ist Genossin Klose provisorisch tätig. Für das bevorstehende Winterhalbjahr haben wir ein reichhaltiges und vielseitiges Arbeitsprogramm ins Auge gefaßt. Wir dürfen hoffen, daß der Verband in seiner verheißungsvollen Entwicklung weiter fortschreiten wird. Zum Schlusse möchte ich noch alle politisch organisierten Frauen auffordern, sich der Dienstbotenorganisation mit aller Kraft anzunehmen, bei jeder Gelegenheit für sie zu werben und vor allem ihre eigenen Töchter, die als Hausangestellte tätig sind, dem Verband zuzuführen.

Johanna Rühle.

Frauenarbeit auf dem Gebiet der Industrie, des Handels- und Verkehrswezens.

Zur Frauenarbeit in den kaufmännischen Berufen, speziell in den Warenhäusern, bekundet die „Handelswacht“, das Organ des antimilitärisch-deutschen Handlungsgehilfenverbandes, wie bekannt, eine urreaktionäre Haltung. Charakteristisch dafür ist, wie sie vor etlicher Zeit über einen Prozeß berichtete, in dem 34 Angestellte eines Warenhauses in Lübeck sich wegen Massen-diebstahls zu verantworten hatten. Das Geschäft war in Konkurs geraten, und das Personal folgte dem Beispiel des Inhabers und schaffte so viel Waren wie möglich auf die Seite. Eine Verkäuferin suchte auf diese Weise ihre Aussteuer zusammenzubringen. Die Verlesung des Verzeichnisses der von ihr gestohlenen Gegenstände dauerte 20 Minuten. Nun ist es gewiß bedauerlich, wenn die Warenhausverkäuferinnen ihre Hungerlöhne durch Diebstahl und Veruntreuungen zu ergänzen suchen, mehr als unbegreiflich sind jedoch die Schlussfolgerungen, welche die „Handelswacht“ seinerzeit aus dem Vorfall gezogen hat. Sie schreibt wörtlich: „Diebstahl, Hehlerei, Betrug, Untreue, das sind die Früchte der Warenhauskultur, die mit ernster Sorge erfüllen müssen. Nicht allein, daß die Verkäuferinnen von der Diebstahl befallen werden, das schlimmste ist, daß nicht selten auch die Angehörigen der Warenhausmädchen mit ins Verderben gerissen werden. Um nur einen Fall anzuführen. So wurden vor nicht langer Zeit in Magdeburg Mutter und Tochter wegen Diebstahl und Hehlerei verurteilt. Die Mutter hatte einer anderen Frau neue Wäsche verkauft, die diese eben benötigte. Die Verkäuferin hatte erklärt: Die Wäsche besorgt Ihnen meine Tochter billig, die ist in solchem Geschäft und bekommt dort alles zum Einkaufspreis.“ Das Mädchen aber hatte die Wäsche in dem Geschäft gestohlen, wo es angestellt war. Dieser Vorgang sieht leider nicht vereinzelt da, er ist deshalb ein weiterer Beweis für die sittlichen Gefahren, die unserem Volkstörper aus dem Hin-

einstoßen der gegen Versuchungen aller Art weniger gefeiten jungen Mädchen in die kaufmännische Berufsarbeit drohen. Darum leisten alle diejenigen, die an der Arbeit des deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes teilnehmen, der fortdauernden Zunahme weiblicher Arbeitskräfte im Handelsgewerbe entgegenzuwirken, unserem Volke einen guten Dienst. Die Versuchungen und Gelegenheiten zu Eigentumsvergehen sind in den weiblichen Berufsarten weniger groß als im Handelsgewerbe. In jenen aber finden arbeitsfrohe junge Mädchen Arbeitsgelegenheit in Hülle und Fülle. (1) Wirten wir darum weiter dahin, die Mädchen in ihre natürlichen Arbeitsgebiete zurückzuführen.“

Niemand wird leugnen, daß Diebstahl und Unterschlagungen im Handelsgewerbe leider verhältnismäßig häufig sind, und zwar sind es nicht nur schlecht bezahlte Angestellte, die schuldig werden, sondern auch leitende Persönlichkeiten, mit dem einzigen Unterschied, daß man die kleinen Diebe hängt und die großen laufen läßt. Die Ursache der häufigen Veruntreuungen ist jedoch nicht in einer besonderen Charakterschwäche des weiblichen Geschlechts zu suchen. In erster Linie ist es die miserable Bezahlung der Angestellten, die dafür verantwortlich ist. Gerade unter den am schlechtesten entlohten Angestellten befinden sich viele junge Mädchen. Wie sollen Verkäuferinnen mit 30, 40, 50 bis 60 M. im Monat auskommen, wenn sie nicht einen Rückhalt an der Familie haben? Nicht alle Verkäuferinnen waren so vorsichtig in der Wahl ihrer Angehörigen, daß sie auf Unterstützung von ihnen rechnen können. Von dem, was der Chef an einem Abend ausgibt, soll seine Verkäuferin einen ganzen Monat lang essen, wohnen und sich kleiden. Unter solchen Verhältnissen sich durchzubringen, ohne aufzuhören anständig zu sein, dazu gehört eine bewundernswerte Energie und ein Verzicht auf die Befriedigung der dringendsten Lebensbedürfnisse. Sicherlich sind auch viele Fabrikarbeiterinnen im allgemeinen nicht besser daran, und trotzdem sind unter ihnen die Unterschlagungen nicht häufig. Aus einem naheliegenden Grunde: In wenigen Berufen ist die Gelegenheit zu Veruntreuungen so groß wie im Handelsgewerbe und besonders in den Warenhäusern, in wenigen auch stellt der Beruf die Anforderungen an den Schein einer gewissen äußeren Eleganz wie dort. Wenn es nach der „Handelswacht“ ginge, so müßte die weibliche Jugend durch eine Radikalkur vor den Versuchungen der Berufsarbeit in den Warenhäusern geschützt werden. Das Blatt möchte die Frauen überhaupt aus dem Handelsgewerbe verdrängen, anstatt daß sie die Beseitigung vorliegender Gefahren durch menschenwürdige Gehälter fordert. Das Mittel wäre ebenso probat als einfach, besonders wenn es wirklich andere Berufe gäbe, in denen junge Mädchen gutgelohnte Arbeit „in Hülle und Fülle“ fänden. Da solche Arbeitsgebiete aber nur in der krausen Phantasie der „Handelswacht“ existieren, bleibt den jungen Mädchen, die sich ihrer liebevollen Sorge erfreuen, wohl kein anderer Ausweg, als reblich und ehrlich zu verhungern. Abgesehen sind Veruntreuungen weiblicher Angestellter verhältnismäßig nicht häufiger als die Verfehlungen von Männern. Darum will es nicht recht einleuchten, warum sich die „Handelswacht“ besonders über die Sittlichkeit und Zukunft der Verkäuferinnen in Warenhäusern fürsorglich aufregt. Offenbar soll der logische Fehlschluß, der ihren moralischen Ängsten zugrunde liegt, das Bestreben stützen, die Frauenarbeit aus dem Handelsgewerbe zu verdrängen. Nicht darauf kommt es dem Blatte an, daß weibliche Geschlecht vor den Gefahren einschlägiger Berufsarbeit zu bewahren, sondern das männliche von einer lästigen Konkurrenz zu befreien. Wie den Versuchungen des Berufs, so kann auch den schädigenden Begleiterscheinungen einer Konkurrenz, welche die kapitalistische Ordnung zur Schmutzkonkurrenz werden läßt, nur durch ein Mittel entgegen gewirkt werden: durch die gemeinsame Organisation der im Handelsgewerbe Ausgebeuteten ohne Unterschied des Geschlechts, eine Organisation, welche den gemeinsamen Feind bekämpft: die Ausbeutung und dadurch bessere Verhältnisse im Beruf schafft. Eine solche Organisation ist der Zentralverband der deutschen Handlungsgehilfen und -gehilfinnen. Die proletarischen Eltern, deren Söhne und Töchter im Handelsgewerbe tätig sind, haben die Pflicht, ihre Kinder darüber aufzuklären und dafür zu sorgen, daß sich diese ihrer Gewerkschaft wie auch der sozialdemokratischen Partei anschließen.

R. F.

Soziale Gesetzgebung.

Ruiffe der Stellenvermittler zur Umgehung des neuen Reichsstellenvermittlungsgesetzes. Hamburg besitzt noch immer keinen allgemeinen städtischen Arbeitsnachweis auf paritätischer Grundlage. Erfah hierfür sollen die gemeinnützigen Arbeitsnachweise der Patriotischen Gesellschaft, die Arbeitsnachweisungs-

anstalt von 1848 und die Stellenvermittlung des Hamburger Hausfrauenvereins bieten, Einrichtungen, die zum Teil staatlichen Zuschuß erhalten. Diese einen streng bürokratischen Geist atmenden Institutionen genügen den billigen Ansprüchen der Arbeitnehmer auf Selbstbestimmung über ihre Arbeitskraft nicht. Daher blühen neben ihnen zahllose, meist sehr einträgliche Bureaus privater Stellenvermittler, die im Städtekomplex ihr oft recht dunkles Handwerk treiben. Natürlich auf Kosten der Arbeitssuchenden, denen scheinbar die freie Wahl über die angebotenen Arbeitsstellen gelassen wird.

Das neue Reichsstellenvermittlungsgesetz, das am 4. Mai d. J. im Reichstag angenommen wurde und seit 1. Oktober in Kraft ist, hat die Hoffnung nicht erfüllt, daß endlich mit dem unerhörten Schmarokertum der privaten Stellenvermittlung gründlich aufgeräumt und überall im Reiche paritätische Arbeitsnachweise eingeführt werden würden. Als es sich um die Schaffung dieses Gesetzes handelte, wurde von bürgerlicher Seite behauptet, daß eine Schädigung des Mittelstandes eintreten müsse, wenn die Fortexistenz privater Stellenvermittler unmöglich sei. Es wurde für diese von Rechts wegen (?) Entschädigung gefordert. Mehr noch aber als die Sorge um den „Mittelstand“ lag einflußreichen Kreisen die Rücksicht auf das Interesse der großen Kapitalisten am Herzen. Eine wirklich zeitgemäße Reform der Stellenvermittlung hätte die Arbeitsnachweise der Herren Unternehmer zurückgedrängt und damit zu einer Schmälerung des Rechts geführt, „Herr im Hause“ zu bleiben. Dazu kam die Furcht, die Gewerkschaften könnten durch die paritätischen Arbeitsnachweise an Ausdehnung und Stohkraft gewinnen. So wirkte mancherlei zusammen, daß die bürgerlichen Parteien mit der privaten Stellenvermittlung nicht gründlich aufräumten, wie die Sozialdemokratie forderte. Das Gesetz, das endlich zustande kam, war weniger als halbe Arbeit, wenngleich es gemessen an dem alten Stand der Dinge einen Fortschritt bedeutet.

Für die Arbeitnehmer aller Art heißt es jetzt auf dem Posten sein, um aus diesem Stückwerk einer Sozialreform die größtmöglichen Vorteile herauszuholen. Das gilt besonders für Orte, wo bereits ein öffentlicher gemeinnütziger Arbeitsnachweis besteht. Da nach den neuen Verordnungen an solchen Orten kein Bedürfnis für private Stellenvermittlung vorhanden ist, so wird dort auch keine Konzession für neue Arbeitsnachweise erteilt. In dieser Bestimmung tritt die Absicht zutage, dem privaten Vermittlungswesen allmählich zu steuern und das Augenmerk der Arbeitssuchenden auf die gemeinnützigen respektive paritätischen Arbeitsnachweise zu lenken.

Nach dem neuen Gesetz soll sowohl die Bedürfnisfrage als auch die Höhe der Gebührentaxe von den Behörden geregelt werden. Es fragt sich aber, ob diese die letztere Frage objektiv, das heißt unbeeinflusst von reaktionären Elementen lösen können. Die Stellenvermittler haben es von jeher verstanden, nach dem Grundsatz zu handeln: Gesetze sind Preisangaben für Wortjongleure! Sie sind daher eifrig am Werke, um ihren Interessen diese Befugnis der Behörden nutzbar zu machen und so ihr gefährdetes Profitschifflein glücklich an den Klippen und Riffen des neuen Stellenvermittlungsgesetzes vorbei in den Hafen eines ruhigen Wohlstandes zu bugsiieren. Dafür ein Beispiel. Die Kölner Stellenvermittler haben eine Liste von nicht weniger als 73 verschiedenen Berufsgruppen mit verschiedenen Vermittlungstaxen aufgestellt. Je länger diese Liste ist, um so schwieriger sind die Grenzen zwischen Höchst- und Mindesttaxe zu ziehen. Mit der unklaren Bezeichnung der einzelnen Berufsgruppen wächst außerdem die Möglichkeit, die Arbeitssuchenden durch die Vermittlungstaxe zu übervoortellen.

Die Hamburger Stellenvermittler haben ein noch raffinierteres System ausgedacht, um die Behörden zu täuschen und die Stellensuchenden zu schröpfen. Das Gesetz schreibt vor, daß die Vermittlungsgebühren je zur Hälfte vom Arbeitgeber und Arbeitnehmer getragen werden müssen, stellt aber den Vermittlern frei, auf die Hälfte der Entschädigung zu verzichten. Dieser letztere Passus sollte nun von den Hamburger Vermittlern ausgenützt werden. Sie wollten den Arbeitgebern ihre Hälfte der von ihnen auf das Doppelte erhöhten Lage erlassen, um die Herren von der Benutzung der unentgeltlichen, gemeinnützigen Arbeitsnachweise abzuhalten. Durch dieses schamlose Manöver würden alle Gebühren den Stellensuchenden allein auferlegt worden sein, obgleich sie gerechterweise und nach dem Willen des Gesetzgebers als die wirtschaftlich Schwächeren davon befreit sein sollten. Dieser Kniff der Vermittler erscheint um so gewissenloser, wenn man bedenkt, daß bisher in Hamburg die Landarbeiter und die Dienstmädchen keine Vermittlungsgebühren gezahlt haben. Um ein Geringes haben nun zwar die Herren Stellenvermittler ihren sauberen Plan korrigieren müssen. Sie haben nicht immer die doppelte Höhe der bis-

herigen Vermittlungstaxe durchdrücken können, doch haben ihre eingereichten Tariffskalen der maßgebenden Behörde als Unterlage bei der Festsetzung der Gebührensätze für gewerbsmäßige Stellenvermittler gebietet, ohne daß man dem Wortlaut des Gesetzes gerecht geworden wäre, bei Regelung der Gebühren auch die Arbeitnehmer zu hören. Diese Nichtachtung ihrer gesetzlichen Rechte fordert die Hamburger Arbeitnehmer um so energischer zur Opposition heraus, als nach dem § 17 der Senatsverordnung über den Geschäftsbetrieb der Stellenvermittler vom 28. September 1910 (Amtsblatt S. 387) nach Anhörung von Vertretern der Stellenvermittler, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer die Gesamt- und Maximaltaxen für die den gewerbsmäßigen Stellenvermittlern zukommenden Gebühren festgesetzt worden sind. (?) Trotz der geradezu jämmerlichen Lohnverhältnisse der Landarbeiter und Dienstmoten werden nun auch sie zu diesen Abgaben herangezogen. Zwar hätten sie es, wie keine andere Arbeiterkategorie, in der Hand, ihren Vampiren, den Stellenvermittlern, die Rechnung zu durchkreuzen. Sie brauchten nur die Gunst auszunutzen, die in dem steten Mangel an Landarbeitern und Dienstmoten liegt, und mühten die privaten Stellenvermittler meiden. Solange es noch keinen paritätischen Arbeitsnachweis in Hamburg gibt, sollten die Landarbeiter nur den gemeinnützigen Stellennachweis der Patriotischen Gesellschaft aussuchen und die Dienstmädchen einzig und alleinsten Stellennachweis ihrer Gewerkschaft, des Hausangestelltenverbandes. Ebenso dringend wäre es, daß die Bäcker, Schlichter und ganz besonders die in den Gastwirtsbetrieben beschäftigten Personen den unentgeltlichen Arbeitsnachweis ihrer Gewerkschaften benutzten. Doch nicht nur die genannten Kategorien von Ausgebeuteten, die gesamte Hamburger Arbeiterschaft hat ein Interesse daran, den beabsichtigten Ausplünderungsstrich skrupelloser Vermittler illusorisch zu machen. Sie muß deshalb nach Möglichkeit die Stellennachweise der Gewerkschaften ausbauen helfen und immer und immer wieder durch ihre Vertreter in der Bürgerschaft auf die Errichtung allgemeiner, paritätischer Arbeitsnachweise dringen. e. g.

Landarbeiterfrage.

Ueber die wachsende Verwendung der Frauennarbeit in der Landwirtschaft entnehmen wir den Berufs- und Gewerbebezählungen folgende Aufstellungen:

Es gab in der Landwirtschaft:

		Selbständige:		
		1882	1895	1907
Männlich	. . .	2010865	2221826	2172740
Weiblich	. . .	277168	346899	328234
Summa		2288033	2568725	2500974
		Angestellte:		
		1882	1895	1907
Männlich	. . .	60763	78066	82548
Weiblich	. . .	5881	18107	16264
Summa		66644	96173	98812
		Arbeiter:		
		1882	1895	1907
Männlich	. . .	8629959	8239646	8028983
Weiblich	. . .	2251860	2388148	4254498
Summa		5881819	5627794	7283471

Aus diesen Zahlen ist einerseits zu ersehen, daß die Zahl der Selbständigen abgenommen hat, eine Abnahme, die noch schärfer hervortritt, wenn man sie der Bevölkerungszunahme gegenüberstellt. Die Zahl der Angestellten und Arbeiter in der Landwirtschaft ist dagegen gestiegen. Die beiden Vorgänge lassen erkennen, daß trotz der noch vorhandenen vielen bäuerlichen Kleinbetriebe die Großbetriebe sich vermehrt und entwickelt haben. Daß die Statistik keine größere Abnahme der selbständigen Landwirte verzeichnet, ist zum Teil mit darauf zurückzuführen, daß bei der letzten Zählung der Begriff des selbständigen Landwirtes außerordentlich weit gefaßt worden ist. Die Statistik ergibt auch einen bedenklichen Rückgang der männlichen und eine Zunahme der weiblichen Arbeitskraft in der Landwirtschaft. Die betreffende Entwicklung wird durch folgende Tabelle noch klarer gezeigt. Von je 100 ländlichen Arbeitern waren

		1882	1895	1907
Männlich	. . .	61,71	57,57	41,59
Weiblich	. . .	38,29	43,43	58,41

Der Umschwung erklärt sich daraus, daß dank der erbärmlichen Arbeitsbedingungen in der Landwirtschaft die männliche Bevölke-

zung, wenn sie sich irgend freimachen kann, sich der Industrie-
arbeit zuwendet, die verhältnismäßig günstige Lebensverhältnisse
ermöglicht. An die Stelle der Männer, die von der Scholle flüch-
teten, traten die Frauen. Sie wurden um so mehr zur eigentlichen
landwirtschaftlichen Arbeit gedrängt, als ihnen das Aufkommen
der modernen Großindustrie und des Großhandels die meisten der
früheren hausgewerblichen Arbeiten des bäuerlichen Haushaltes
entzogen hat. Daß die Erziehung der Männerarbeit durch Frauen-
arbeit keinen günstigen Einfluß auf die Lebensverhältnisse der Land-
arbeiter haben konnte, ist klar. Daß um so mehr, als gerade die
vorwärtsdrängenden Elemente nach den Städten ausgewandert
sind. Diese und andere Gründe noch, so die Zersplitterung und
ländliche Abgeschlossenheit, sind von Einfluß darauf, daß die werk-
tätige Bevölkerung auf dem Lande der Agitation schwerer zugäng-
lich ist als das industrielle Proletariat. Freilich sorgt die Politik
der herrschenden Klassen dafür, daß auch auf dem Lande der Boden
immer mehr für die sozialistische Ideensaat gelockert wird. g. b.

Frauenstimmrecht.

Stimmrecht und Wählbarkeit zu öffentlichen Ämtern ge-
währt den Frauen im Kanton Zürich ein Zusatz zur Staatsver-
fassung, der vor kurzem vom Kantonsrat in zweiter Lesung ein-
stimmig angenommen wurde.

Ein **Isländischer** und ein **Dänischer Frauenstimmrechts-**
verband sind dem Weltbund für Frauenstimmrecht bei-
getreten, der bekanntlich die Forderung des allgemeinen Wahl-
rechts nicht erhebt und seit seinem letzten Kongreß in London nur
noch solche Organisationen aufnimmt, die sich damit begnügen, das
Wahlrecht für Frauen unter den gleichen Bedingungen zu fordern,
unter denen es die Männer besitzen.

Der nächste **bürgerliche Internationale Frauenstimmrechts-**
Kongreß findet 1911 in Stockholm vom 12. bis 17. Juni statt.

Verschiedenes.

Das Spinnrad als modernes Kulturwerkzeug. Wer hat
das Spinnen erdacht? Die Sagen der alten Kulturvölker schreiben
es dem Erfindungstalent hoher und allerhöchster Wesen zu. Die
Ägypter ihrer angebeteten Isis, die Hellenen der göttlichen Athene,
die Chinesen einer irdischen Majestät, der Kaiserin Jao. Die Spinn-
werkzeuge — Spindel und Kunkel — waren demnach auf alle Fälle
Instrumente des Himmels. Trotzdem waren sie Jahrtausende recht
unvollkommen geblieben, bis um das Jahr 1530 der braun-
schweigische Bildschnitzer Jürgen in Watenbüttel das hölzerne,
schnurrende Maschinchen des Spinnrads schuf, das den meisten
unserer Leserinnen nur aus den Museen bekannt sein mag. Schon
in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts begann die
Erfindung der mechanischen Spinnerei mit ihren genialen Ma-
schinen, die keine Gottesgnadenintelligenz ausdachte, und die dem
poetischen Flachsspinnen der alten germanischen Häuslichkeit mit
seinen romantischen Lichtgängen verliebter Bauernjugend den Unter-
gang verhieß. In unseren Zeiten der kapitalistischen Groß-
produktion mit ihren Wunderwerken von Spinnmaschinen, die von
den schlechtest gelohnten Proletarierinnen bedient werden, fristet
das poetische Mädchen mit dem Kunkelstock und der Spule nur noch
ein platonisches Dasein in der Gerümpelkammer des Bauernhofs
oder unter den Requisiten eines Stadttheaters. Wenn Goethes ver-
liebtes Gretchen nicht hier und da wieder einmal spänne und klüfferte:
„Meine Ruh' ist hin, mein Herz ist schwer“, viele Tausende der
Stadtbewohner hätten keine Ahnung von der vielbesungenen Schön-
heit eines Spinnrädchens.

Es ist nicht etwa die Sehnsucht nach der Wiederkehr der alten
Romantik, sondern das Bestreben eines gottesgnädigen Sozial-
reformertums, wenn im zwanzigsten Jahrhundert aristokratische
Wichtigtuerei das alttümliche Schnurrädchen wieder eine Auf-
erstehung feiern lassen will. Ein Dorado für diese geniale Sozial-
reform ist das Münsterland Baden, wo Zeit mit Agitationen für die
Wiederbelebung des Spinnradbetriebs vergeudet wird. Daß
dies mit obrigkeitlicher Protektion geschieht, ist kein Grund dafür,
daß heisse Mühlen für tugendhaften Spinnstubenbetrieb als eine
nationalökonomische Klugheit zu lobpreisen.

An der Spitze der Propaganda für diese Bewegung steht die
badische Großherzogin Witwe, die Tochter Wilhelms I., die
auch durch die Prämierung des Beharrungsvermögens der Dienst-
boten auf dem Gebiet des sozialpolitischen Samariterdienstes für
die notleidende Bourgeoisie unseren Leserinnen bekannt ist. Mit
einer lächerlichen Aufdringlichkeit wendet die offiziöse Sozialpolitik
ihre Aufmerksamkeit einer Wiederbelebung des Spinnradbetriebs
zu. Es lassen sich die hohen Herrschaften wie trauliche Spinnen

zum Volke herab, um zu sorgen, daß man allüberall spinne. Aber
König Margans Tochterlein, Schön-Mottraut, trieb Besseres den
ganzen Tag, „dieweil sie nicht spinnen und nähen mag“. So lesen
wir in der bürgerlichen Presse Badens aus dem Schwarzwald: „Von
der Fürstin zu Fürstenberg wird in einem Schreiben an den
Wunsch der Großherzogin Luise erinnert, es sollen in den Ge-
meinden Spinnkurse abgehalten und so die frühere heimische
Beschäftigung wieder gepflegt werden. Auf diese Anregung hin
wurden in verschiedenen Gemeinden Mädchen von der Bühne
heruntergeholt, um sie für die bevorstehenden Kurse richten zu
lassen. Mit dem Schluß der Kurse wird im Frühjahr ein
Spinnfest in Donaueschingen veranstaltet, bei welchem Preise zur
Verteilung kommen.“

Solche Spinnfeste wurden in den letzten Jahren schon in vielen
Dörfern des Landes abgehalten. Sie kommen in ihrer Wirkung
auf eine hurratriotische Variante fürstlicher sozialpolitischer Quack-
salbereien hinaus, wobei jedesmal die Unentbehrlichkeit dieser gottes-
gnädigen Volkswirtschaftlerinnen für die Förderung des so herrlich
wachsenden Volkswohlstandes mit Sang und Klang gefeiert werden
muß. Ein Orden belohnt die eifrigen Beamten. In der Wirk-
lichkeit verschwinden die Bauernhöfe immer mehr und gehen in
den Privatbesitz des Fürstenbergers ein, der ganze Gemeinden ver-
schlingt. Auch andere adelige Nimmerjatte enteignen die stroh-
dachbesetzten Bauernhöfen, in denen dereinst die Spinnrädchen
schöner Wälderinnen surten. Die Bauernbirnen gehen in die
Fabriken und weben an der saufenden Maschine das Garn und
ihre eigenes Leichentuch. Mit Hungerlöhnen fertigen sie so billiges,
so herrliches Getuch, daß selbst ein badischer Hofrat erkennen muß:
der heutigen kapitalistisch-großindustriellen Produktion gegenüber
ist die Errichtung altfränkischer Spinnstuben eine volkswirtschaft-
liche — — Schnurre. Vielleicht gefällt dem Herrn Hofrat trotz-
dem die eine, unbefruchtete Wirkung des monotonen Spinnrad-
betriebes in der langen, langen Winterzeit: diese Beschäftigung
tötet den Geist, hindert das aufkeimende Mädchenvölkchen am
Denken und Erwachen. Ein großer Vorzug!?

mg.

Soeben ist erschienen:

Berichte an die Zweite Internationale Konferenz Sozialistischer Frauen

zu Kopenhagen am 26. und 27. August 1910

Herausgegeben von Klara Zetkin.

Preis 30 Pfennig.

Einzelreplare 10 Pfennig mehr für Porto.

Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Expedition der Gleichheit.

Zur Versendung liegen bereit:

Einbanddecken zur Gleichheit Jahrgang 1909/1910

in einfacher, aber guter Ausstattung.

- Die Decke in 4° für das Hauptblatt und die Beilage für unsere Mütter und Hausfrauen.
- Die Decke in 8° für die Kinderbeilage.

Preis zusammen 1 Mark.

Bei Einzelbestellungen 30 Pfennig mehr für Porto.

Titelblatt und Inhaltsverzeichnis werden den Decken gratis beigegeben.

Es empfiehlt sich, die Bestellungen bald an den Verlag gelangen zu lassen. Die organisierten Genossinnen sollten dafür sorgen, daß die Neuverteilung in den weitesten Leserkreisen bekannt wird.

Auch Decken des Jahrgangs 1908/1909 sind noch vorrätig.

Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Expedition der Gleichheit.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Zetkin (Jandels), Wilhelmshöhe,
Post-Begetloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von Paul Singer in Stuttgart.